

# SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 165

WINTER 2006/2007

€ 0,50

## Verteidigt die APPO! Militär raus aus Oaxaca!

# Nieder mit der blutigen Unterdrückung in Mexiko!



AP



Bradley

Bundespolizei, verstärkt durch schwer bewaffnete Armeeeinheiten, belagert Oaxaca unter Einsatz von Wasserwerfern (29. Oktober). 1. September (rechts): Hunderttausende demonstrierten in Oaxaca und versammelten sich, um die Entlassung von Ulises Ruiz, dem Gouverneur des Bundesstaates Oaxaca, und Freiheit für politische Gefangene zu fordern

Am Samstag, dem 25. November, griff die Präventivpolizei des Bundes (PFP), die Oaxaca seit dem 27. Oktober besetzt hält, zusammen mit örtlichen Bullen brutal gegen die Demonstranten in der Stadt durch. Vier Tage später entfernte die Polizei die letzten Barrikaden, die von der Volksversammlung der Völker Oaxacas (APPO) errichtet worden waren. Die APPO hatte Oaxaca-Stadt in Südmexiko sechs Monate lang besetzt, nachdem der Gouverneur von Oaxaca, Ulises Ruiz Ortiz von der Partei der Institutionellen Revolution (PRI), im Juni Polizei geschickt hatte, um streikende Lehrer anzugreifen. Die Regierung verhaftet weiterhin Aktivisten und hat bereits um die 200 ins Gefängnis geworfen. Die meisten wurden per Hubschrauber in den pazifischen Bundesstaat Nayarit

verlegt, ungefähr 24 Autostunden von Oaxaca entfernt. Polizisten haben Aktivisten sexuell misshandelt. Dutzende Menschen wurden „verschwunden“ oder getötet. Am 4. Dezember verhaftete die Bundespolizei vier Führer der APPO – die Brüder Flavio und Horacio Sosa Villavicencio, Ignacio García Maldonado und Marcelino Coache Verano. Freiheit für alle Gefangenen!

Am 1. Dezember demonstrierten in Mexiko-Stadt um die 200 000 Menschen gegen die Amtseinführung von Felipe Calderón von der rechten Partei der Nationalen Aktion (PAN), während im Kongress Mitglieder der bürgerlich-populistischen Partei der Demokratischen Revolution (PRD) Calderón ausbuhten, als er sich durch die

*Fortgesetzt auf Seite 12*

## Keine Illusionen in die PRD – Partei des Kapitals!

# Nach Atomtest: Nieder mit UN-Sanktionen! Verteidigt Nordkorea!

„Die extremen Drohungen der USA mit einem Nuklearkrieg und ihre Machenschaften für Sanktionen gegen uns und Druck auf uns nötigten uns dazu, einen Atomtest ... als dementsprechende sich verteidigende Gegenmaßnahme in die Wege zu leiten.“ Nordkoreas Außenministerium gab diese ernste Erklärung vier Tage vor dem ersten nordkoreanischen Atomtest Anfang des Monats ab. Weniger als eine Woche darauf beschloss der UN-Sicherheitsrat am 14. Oktober einstimmig Sanktionen gegen Nordkorea – ein kriegerischer Akt, wie Nordkorea richtig feststellte. Die nachfolgende Erklärung ist übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 878 (13. Oktober 2006), Zeitung der Spartacist League/U.S., Sektion der IKL.

9. Oktober – Nordkorea hat heute erklärt, dass es einen unterirdischen Atomtest erfolgreich durchgeführt hat. Damit verfügt Nordkorea über eine bedeutende Abschreckung gegen die militärische Aggression des US-Imperialismus. Wie vorauszu sehen, antworteten die USA und Japan mit dem Hochpeitschen von Hysterie über die nordkoreanische „Bedrohung“. Washington rief zu UN-Sanktionen gegen Pjöngjang auf, letzten Endes gestützt auf die Drohung mit einem Militärschlag. Diese erneuten Drohungen unterstreichen die Pflicht von Revolutionären, für die *bedingungslose militärische Verteidigung* des nordkoreanischen deformierten Arbeiterstaates gegen den Imperialismus einzutreten.

Trotz der Herrschaft einer nationalistischen, stalinistischen Bürokratie war der Sturz des Kapitalismus in Nordkorea – wie in China, Kuba und Vietnam – eine historische Niederlage für den Imperialismus und ein Sieg für die arbeitenden Menschen der ganzen Welt. Während jetzt die Herrschenden der USA in bedrohlicher Weise über Massenvernichtungswaffen in den Händen von „Schurkenstaaten“ jaulen, waren es gerade die US-Imperialisten unter der Schirmherrschaft der UNO, die die koreanische Halbinsel im Koreakrieg 1950–53 verwüs-

teten und mehr als 3 Millionen Menschen töteten. Die USA sind die einzige Macht, die jemals Atomwaffen eingesetzt hat: 1945 in Hiroshima und Nagasaki, als sie über 200000 japanische Zivilisten in den Feuertod schickten. Hätte die Sowjetunion nicht ihr Atomwaffenarsenal entwickelt, mit dem sie in der Lage war, den US-Imperialismus abzuschrecken, wären Korea, China und Vietnam heute womöglich nur noch radioaktive Trümmer. Die internationale Arbeiterklasse muss es unterstützen, dass die deformierten Arbeiterstaaten Atomwaffen besitzen und testen, als Mittel zur Verteidigung gegen die Erpressung durch die Imperialisten.

Kriminellerweise schloss sich auch das stalinistische Regime Chinas dem Aufschrei der Imperialisten an. Am 8. Oktober gab China gemeinsam mit dem imperialistischen Japan eine Erklärung heraus: Ein derartiger Test „kann nicht hingenommen werden“. Als nordkoreanische Funktionäre ihre chinesischen Kollegen informierten, dass der Atomtest in wenigen Minuten stattfinden würde, beeilte sich Beijing, Washington eine Vorwarnung zu geben. Beijing will schon lange Pjöngjang unter Druck setzen, wieder zu den „Sechs-Parteien-Gesprächen“ zurückzukehren, deren Ziel die Entwaffnung Nordkoreas ist.

Die Illusion der Stalinisten, es könne eine „friedliche Koexistenz“ mit dem Imperialismus geben, führt nur dazu, die Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten zu untergraben – China eingeschlossen, das nach der Zerstörung der Sowjetunion das Hauptziel der imperialistischen Kampagne ist, den „Kommunismus zurückzurollen“. Das unterstreicht die Notwendigkeit von proletarisch-politischen Revolutionen zum Sturz der nationalistischen, stalinistischen Bürokratien. *Beijing: Schluss mit der feigen Beschwichtigungspolitik gegenüber der imperialistischen Kampagne gegen Nordkorea!* ■

## SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der  
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS  
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redaktion: Herbert Adler, Jana Gerrard, Renate Müller,  
Steffen Singer (verantwortlicher Redakteur), Jörg Steenrod,  
Catherine Thomas, Oliver Wegenstein (Produktionsleiter)  
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,  
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin  
E-Mail: spartakist@online.de  
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.  
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der  
Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin  
Abonnement (4 Ausgaben) € 4,- an Verlag Avantgarde  
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60  
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF  
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin  
ISSN 0173-7430

Nr. 165

WINTER 2006/2007

Gesellschafter der Verlag Avantgarde GmbH: Herbert Auel (Berlin),  
Geschäftsführer, 33%; Jan Berger (Strausberg), Journalist, 33%;  
Günter Weinreich (Hamburg), Geschäftsführer, 33%.

## Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League  
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA  
www.icl-fi.org

## KONTAKTADRESSEN

**Berlin:** SpAD, c/o Verlag Avantgarde  
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin  
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

**Hamburg:** SpAD, c/o Verlag Avantgarde  
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg  
Telefon: (0 40) 32 36 44

**E-Mail:** spartakist@online.de

Dieser Ausgabe des Spartakist wird im Postvertrieb als Supplement  
die Broschüre „Der Kampf für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal“  
und ein Flugblatt beigelegt.

# Klassenkampf-Perspektive gegen Bildungsabbau

Nachfolgend drucken wir das Flugblatt der Spartakist-Jugend Berlin vom 19. Oktober 2006 ab.

Im vergangenen Sommer gab es wütende Proteste gegen Bildungsabbau. Tausende Studierende demonstrierten in den großen Uni-Städten gegen die drohende Einführung von Studiengebühren, Rektorate und Verwaltungsgebäude wurden besetzt, Autobahnen wurden blockiert. Beim Schülerstreik gingen am 13. September in Berlin Tausende Schüler auf die Straße, um gegen die Kürzungspolitik des SPD/PDS-Senats und die Ausbildungsplatzmisere zu protestieren. Wir beteiligen uns an diesen und anderen Protesten gegen Sozialkahlschlag des bürgerlichen Staats und kämpfen für eine revolutionäre Perspektive. Militante Schüler und Studierende müssen zu dem Verständnis gewonnen werden, ihre Proteste mit den Kämpfen der Arbeiterklasse zu verbinden. Denn nur die Arbeiterklasse hat, auf Grund ihrer Stellung im Produktionsprozess, die potenzielle Macht, den Kapitalismus lahmzulegen. Solange das kapitalistische System jedoch bestehen bleibt, ist kein erkämpftes Zugeständnis, keine Reform, kein demokratisches Recht von Dauer – die Herrschenden werden alles daransetzen, ihre Profitinteressen gegen die Bedürfnisse der Menschheit durchzusetzen.

Dementsprechend reagierte der bürgerliche Staat mit Schikane und brutaler Polizeigewalt, sobald die Proteste militanter wurden. Studierendendemos in Städten wie Freiburg und Frankfurt wurden brutal zusammengeprügelt, Dutzende wurden verhaftet und angeklagt. Beim Berliner Schülerstreik wurden zwei junge Demonstranten verhaftet, weil sie Wahlplakate der faschistischen NPD abgerissen hatten. Mehrere Demonstranten erstatteten Anzeige, weil Polizisten ihnen Pfefferspray ins Gesicht gesprüht, sie mit Tritten und Schlagstöcken attackiert oder sie sexuell belästigt hatten. In der *Berliner Zeitung* (18. September) wurde berichtet, dass einige Schulleiter Schüler in den Klassenzimmern einsperrten. **Nieder mit allen Verfahren gegen Studierende und Schüler!**

Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet in den letzten 15 Jahren der sogenannte „Sozialstaat“ demontiert wurde und noch weiter wird. Die konterrevolutionäre Zerstörung des deformierten Arbeiterstaats DDR 1990 und vor allem des degenerierten Arbeiterstaats Sowjetunion 1991/92 hat die zeitweilig dem gemeinsamen Antisowjetismus untergeordneten Rivalitäten zwischen den einzelnen imperialistischen Mächten wieder auflodern lassen. Der „Sozialstaat“ hat seine Schuldigkeit getan: Das ehemalige Gegengewicht zu den



www.protest-kassel.de

**Kassel, 15. Juni 2006: Eine von zahllosen Demonstrationen gegen Studiengebühren in ganz Deutschland**

Errungenschaften im Sowjetblock (Vollbeschäftigung, keine Obdachlosigkeit, Ausbildungsplätze für alle Schulabgänger, weitgehende Frauenrechte ...) ist heute nichts als überflüssige Unkosten in den Augen der Kapitalisten. Um besser mit seinen imperialistischen Rivalen (v. a. USA und Japan) konkurrieren zu können, muss der deutsche Imperialismus seine Bundeswehr ausbauen und umstrukturieren. Das Geld dafür holt sich der Staat durch Kürzungen bei Sozialleistungen. Ein weiteres Ergebnis der Konterrevolutionen in Osteuropa und der zugehörigen bürgerlichen Lüge vom „Tod des Kommunismus“ ist ein gewaltiger Rückgang im politischen Bewusstsein der Arbeiterklasse und radikaler Jugendlicher. Sie identifizieren ihre oft defensiven sozialen Kämpfe heute nicht mehr mit einem breiteren Kampf für – irgendeine Art von – Sozialismus. Wir verteidigten DDR und Sowjetunion gegen Konterrevolution und kämpften für proletarisch-politische Revolution gegen die stalinistischen Bürokratien, die die Arbeiterstaaten unterminierten. Das gilt heute für die verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten China, Nordkorea, Vietnam und Kuba.

Viele Aktivisten teilen die Illusion, dass Wahlsiege der SPD in den Bundesländern wenigstens Studiengebühren verhindern können. Tatsächlich wurden und werden Gebühren im Moment in CDU-regierten Ländern eingeführt. In Hessen unterstützen führende Studierendenvertreter die Verfassungsklage der SPD und versuchen der SPD-„Linken“ Andrea Ypsilanti zur Spitzenkandidatur zu verhelfen. In

Fortgesetzt auf Seite 4

**Nieder mit Studiengebühren!  
Bildung für alle auf höchstem Niveau!**



Paris, 7. März 2006: Massendemonstration von Studierenden, Jugendlichen und Arbeitern gegen den „Erstanstellungsvertrag“ für Berufsanfänger

### Bildungsabbau...

Fortsetzung von Seite 3

Berlin hat die Linkspartei.PDS, trotz des weitverbreiteten Hasses auf den SPD/PDS-Senat, einen gewissen Ruf als Freund der Studierenden, weil die PDS-Basis auf dem Landesparteitag 2004 die „Studienkonten“ kippte. Diese krasse Illusion in die Sozialdemokratie ist einem Kampf gegen den allseitigen Sozialkahlschlag entgegengesetzt. Die Ex-SPD/Grünen-Regierung hat mit Agenda 2010 und Hartz-Gesetzen den Abbau des „Sozialstaates“ massiv vorangetrieben. Der SPD/PDS-Senat in Berlin ist Speerspitze bei Angriffen auf den öffentlichen Dienst. Die Berliner Proteste 2003/2004 wurden abgebrochen, nachdem Studienkonten vom Tisch waren. Den Abbruch haben SPD und PDS dann genutzt, um die Sparmaßnahmen in Form von Kürzungen in Höhe von 90 Millionen Euro für Hochschulen ohne Widerstand durchzusetzen. Die Unikliniken sind von weiteren Massenentlassungen und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bedroht. Studierende müssen sich mit den kämpfenden Belegschaften von Charité usw. solidarisieren! SPD und PDS (sowie die WASG) sind *bürgerliche Arbeiterparteien* – mit einer Basis in der Arbeiterklasse durch ihren Einfluss in den Gewerkschaften, aber einer Führung, die dem Kapitalismus verpflichtet ist. Somit sind sie manchmal besser geeignet, unpopuläre Maßnahmen für die Bourgeoisie umzusetzen. Revolutionäre streben nach einer Spaltung der Arbeiterbasis von der sozialdemokratischen Führung.

Weit und breit wird gepredigt, dass die „demokratische“ Bildung gerettet werden muss. Als Marxisten verstehen wir, dass Unis und Schulen nicht getrennt werden können von der kapitalistischen Gesellschaft, die durch die fundamentale und unversöhnliche Spaltung in Bourgeoisie und Arbeiterklasse geprägt ist. Wie Lenin 1919 ausführte:

„Auf dem Gebiet des Volksbildungswesens sehen wir dasselbe: je höher der kulturelle Stand eines bürgerlichen Staates war, desto raffinierter hat er gelogen, wenn er behauptete, die Schule könnte außerhalb der Politik stehen und der Gesellschaft als Ganzem dienen.

In Wirklichkeit war die Schule voll und ganz in ein Werkzeug der Klassenherrschaft der Bourgeoisie verwandelt worden; sie war ganz und gar von bürgerlichem Kastengeist durchtränkt, sie sollte den Kapitalisten gefü-

gige Knechte und tüchtige Arbeiter liefern.“

Darüber hinaus dienen Unis im Kapitalismus als Kadenschmiede der Bourgeoisie – um die künftigen Eliten hervorzubringen, die Staat und Unternehmen verwalten. Die soziale Selektion des deutschen Bildungswesens ist selbst im Vergleich zu anderen kapitalistischen Mächten knallhart. Diskriminierende Mechanismen wie das dreigliedrige Schulsystem (neben dem Notensystem) werden durch Studiengebühren, die Schaffung von „Eliteuniversitäten“ usw. noch verschärft – die Bourgeoisie erklärt: „Gute Bildung nur noch für uns!“ Die PISA-Studie hat ein Schlaglicht auf die Klassenvoreingenommenheit schon ab der Grundschule geworfen: Kinder von Facharbeitern haben nur *ein Viertel* der Chancen von Akademikerkindern, ein Gymnasium zu besuchen – bei gleichen Fähigkeiten in den

Bereichen Lesen und Mathematik! *Nieder mit dem dreigliedrigen Schulsystem! Für offenen Zugang zur Universität mit einem staatlich bezahlten Stipendium für alle!*

In dieser rassistischen Gesellschaft sind Kinder mit Immigrationshintergrund besonders stark von sozialer Auslese betroffen. Die Kapitalisten haben den Jugendlichen der 2. und 3. Generation keine Perspektive zu bieten, da der Arbeitskräftemangel der 1960er-Jahre, der zur Anwerbung ihrer Eltern führte, nicht mehr existiert. Daher sieht die Bourgeoisie keine Notwendigkeit, diese Jugendlichen auszubilden. Der Kampf gegen Bildungsabbau muss die Forderungen nach dem Recht, in der Sprache eigener Wahl unterrichtet zu werden, und nach kostenlosen, professionellen Deutschkursen auf freiwilliger Basis enthalten. Die Unis bleiben ethnischen Minderheiten weitgehend verschlossen. In beliebten Unistandorten, wie Berlin, wurde flächendeckend der diskriminierende, rassistische Numerus clausus eingeführt. Eine besondere Verschärfung der Diskriminierung gab es im Rahmen des rassistischen „Krieges gegen den Terror“. Bundesweit wurden nach den kriminellen Anschlägen vom 11. September 2001 im Zuge der Rasterfahndung der damaligen SPD/Grünen-Regierung Daten von *8,3 Millionen Menschen* verarbeitet, darunter viele Studierende mit muslimischem Hintergrund. Das damalige Präsidialamt der Freien Universität hatte Ende 2001 bereitwillig die Daten von Studierenden aus 28 Ländern dem LKA übergeben. Allein daran zeigt sich, dass die Uniadministration kein Verbündeter im Kampf gegen Bildungsabbau sein kann, sondern die Interessen der Bourgeoisie vertritt. Die Arbeiterbewegung und fortschrittliche Schüler/Studierende müssen für *volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben*, kämpfen, um der Teile-und-herrsche-Politik der Kapitalisten einen Riegel vorzuschieben.

Allgegenwärtige Slogans à la „Kämpfen wie in Frankreich!“ bei vielen Protesten in Deutschland zeigen den großen Einfluss des erfolgreichen Kampfes gegen das CPE im Frühjahr. Dieses Gesetz hätte jungen Arbeitern, vor allem den Vorstadtjugendlichen mit Immigrationshintergrund, jeglichen effektiven Kündigungsschutz geraubt. Trotz der weitverbreiteten Identifizierung mit den Anti-CPE-Protesten werden die wichtigsten Lehren nicht gezogen. Die Proteste der Studierenden liefen mehrere Wochen, ohne dass die

Regierung sich nachgiebig zeigte. Entscheidend dafür, die Regierung in die Knie zu zwingen, war der Eintritt der Arbeiterbewegung durch eine Streikwelle. Studierende und Schüler haben kaum soziale Macht. Wenn sie die Unis oder ein paar Straßen lahmlegen, zeigt das zwar ihre Kampfbereitschaft, stört die Kapitalisten aber wenig. Im Gegensatz dazu kann die Arbeiterklasse die kapitalistische Produktion zum Stillstand bringen und die Kapitalisten dort treffen, wo es ihnen wirklich weh tut: bei den Profiten. Die reformistischen Führer der Gewerkschaften (ob „kommunistisch“ oder „sozialistisch“) aber waren glücklich darüber, den Kampf dabei zu belassen, und haben die studentischen Forderungen, das *ganze* Gesetzespaket zu kippen, nicht mehr durch Streiks unterstützt. Um ihre Treue zur bürgerlichen Ordnung zu beweisen, beteiligten sich Reformisten auch an der Hetzkampagne von Regierung und höriger Presse, um Arbeiter und Jugendliche gegen angebliche „Gewalt“ durch „Casseurs“ (Krawallmacher – in Frankreich das rassistische Kodewort gegen Minderheiten-Jugendliche) aufzuwiegeln, und haben damit die Bewegung rassistisch gespalten.

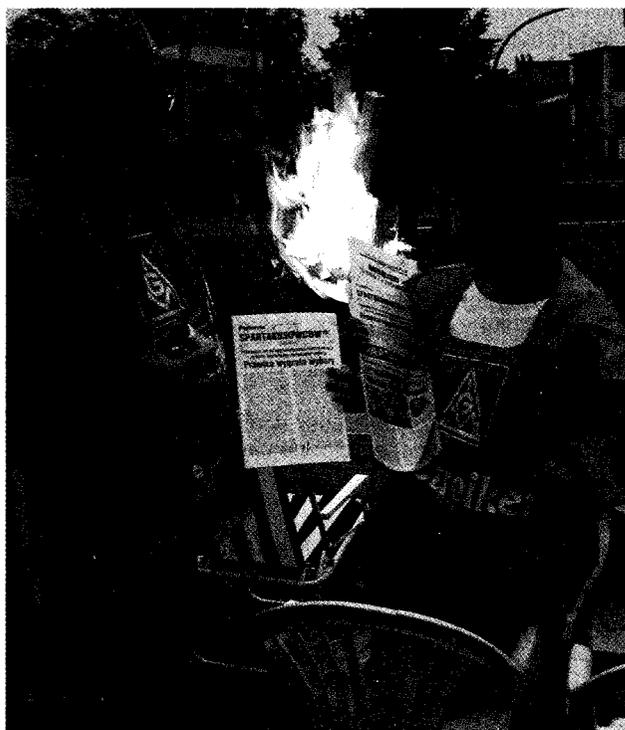
Die Macht der Arbeiterklasse muss in den Kampf gegen Sozialkahlschlag geworfen werden. Diese Perspektive benötigt einen politischen Kampf für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung, also einen Bruch mit Reformismus und Klassenzusammenarbeit. Reformisten wie die Linksabspaltung der SPD, die WASG, sind grundsätzlich davon überzeugt, den bürgerlichen Staat im Interesse der Bevölkerungsmehrheit benutzen zu können. Sie sind *gegen* sozialistische Revolution, was die einzige Alternative zu imperialistischen Kriegen, Frauenunterdrückung, Rassismus, Massenarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit des Kapitalismus bietet. Die WASG will Arbeiter, die von SPD und PDS desillusioniert sind, zurück ins Boot der bürgerlichen Demokratie holen: „Viele Bürgerinnen und Bürger kehren der Politik den Rücken, fühlen sich von der SPD getäuscht, aber auch von keiner anderen Partei vertreten. Wir sehen darin eine Gefahr für die Stabilität unserer Demokratie“ (Gründungsaufruf der ASG, Vorläufer der

WASG, 2004). „Unsere Demokratie“ ist nichts als die Diktatur der Bourgeoisie. Während die WASG die Proteste gegen die schlimmsten Auswüchse des Kapitalismus unterstützt und teilweise führt, versucht die WASG-Führung solche Proteste in eine Unterstützung für das System zu lenken. Wie sie zum Bildungsabbau schreiben: „Bildung ist damit notwendige Vorbedingung für eine funktionierende Demokratie und damit für einen Erfolg der Demokratie als Staats- und Gesellschaftsmodell überhaupt.“

Wie Lenin in *Staat und Revolution* erklärte, kann sich die Arbeiterklasse den bestehenden Staatsapparat nicht zu eigen machen. Er muss zerschlagen und durch die revolutionäre Diktatur des Proletariats ersetzt werden – also durch einen Arbeiterstaat, regiert von demokratisch gewählten Arbeiterräten. Wir Marxisten versuchen diese Lehre in den Kampf zu tragen. Gegen die Übergriffe der Bullen beim Berliner Schülerstreik forderte die Jugendgruppe REVOLUTION, Teil der SchülerInneninitiative „Bildungsblockaden einreißen!“, der SPD/PDS-Senat solle endlich die Kennzeichnungspflicht für Polizisten umsetzen, wie er es doch im Koalitionsvertrag von 2001 versprochen hatte. Anstatt sich aber auf irgendein Gesetz zu verlassen, ist es notwendig, für klassenkämpferische Verteidigung von Schüler- und Studierendenprotesten zu kämpfen, basierend auf den Gewerkschaften. Was wir überhaupt nicht brauchen, ist die Illusion in eine „Demokratisierung“ der Polizei. Die Polizei ist Teil des kapitalistischen Staates, des bewaffneten Arms der herrschenden Klasse. Sie führt rassistische Abschiebungen aus, überfällt linke Demonstrationen und bricht Streiks.

Der Kampf für ein sozialistisches System, das den Bedürfnissen aller und nicht den Profiten weniger dient, bedarf des Aufbaus einer revolutionären, multiethnischen Arbeiterpartei, die gegen jede Unterdrückung kämpft. *Für eine Klassenkampf-Perspektive gegen Bildungsabbau und Sozialraub! Nein zu Studiengebühren! Für kostenlose Bildung für alle auf höchstem Niveau! Schließt euch der Spartakist-Jugend an!* ■

## Erfolgreiche Spartakist-Abokampagne 2006



Spartakist

### Ergebnis der Spartakist-Abokampagne 2006

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	105	156	149 %
Hamburg	85	110	129 %
Auf Entfernung	10	8	80 %
<b>Gesamt</b>	<b>200</b>	<b>274</b>	<b>137 %</b>

Jahresabo (4 Ausgaben): € 4,-

Auslandsabo: € 7,50  Übersee Luftpost: € 10,-  
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

165

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin  
Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60  
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

**NEU!**

# Der Kampf für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal

Das Komitee für soziale Verteidigung freut sich die Veröffentlichung der Broschüre *Der Kampf für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal* (60 Seiten) bekannt zu geben. Sie erscheint zu einem höchst kritischen Zeitpunkt in Mumias Fall. Das Berufungsgericht könnte innerhalb der nächsten Zeit entscheiden, was ihm bevorsteht: der Tod, Leben im Gefängnis, oder weitere rechtliche Schritte. Diese Broschüre ist eine Übersetzung der vom Partisan Defense Committee (PDC) in den USA herausgegebenen Broschüre *The Fight to Free Mumia Abu-Jamal*. Sie ist auch auf Französisch erhältlich. Mumia, ein preisgekrönter Journalist, in seiner Jugend ein Sprecher der Black Panthers, ein Unterstützer der Organisation MOVE und unbeugsamer Gegner des rassistischen Staatsterrors, wurde 1982 von Philadelphias berüchtigter Maschinerie aus Bullen und Gerichten zu Unrecht angeklagt, den Polizisten Daniel Faulkner getötet zu haben, und in die Todeszelle verfrachtet.

Das hier präsentierte Material ist eine entscheidende Widerlegung dieses Polizeikomplots. Es schließt die eidesstattliche Erklärung von Arnold Beverly ein, der gesteht, dass er und nicht Mumia Faulkner tötete. Die Rede von Rachel Wolkenstein, Anwältin des PDC, und ihre eidesstattliche Erklärung beschreiben auch ausführlich die erheblichen Anstrengungen des PDC, Mumias Fall einer breiten internationalen Öffentlichkeit bekannt zu machen und Einheitsfrontproteste in Städten in aller Welt zu initiieren. Sie beschreiben die langjährige Rolle des PDC bei der Unterstützung von Mumias Auseinandersetzungen mit den Gerichten und als Teil seines Verteidigerteams für einige Jahre. Besonders wichtig waren die Nachforschungen des PDC für den Beweis von Mumias Unschuld. Mehr als zwei Jahre lang lehnten Mumias damaliger Hauptverteidiger Leonard Weinglass

und Anwalt Daniel Williams es ab, Beverlys eidesstattliche Erklärung und unterstützende Beweise vor Gericht zu präsentieren.

Mumias Freiheit wird nicht durch Vertrauen in das manipulierte „Rechts“-System oder in kapitalistische Politiker gewonnen werden, seien es Demokraten, Republikaner oder Grüne. Zu den Mitgliedern des Dritten Berufungsgerichts gehört zum Beispiel Marjorie Rendell, Frau des Gouverneurs von Pennsylvania, des Demokraten Ed Rendell, der während des abgekarteten Prozesses gegen Mumia Bezirksstaatsanwalt von Philadelphia war und der seitdem hartnäckig auf Mumias Hinrichtung hingearbeitet hat. Die Macht, die das Ruder für Mumia herumreißen kann, ist die Macht von Millionen – arbeitende Menschen, antirassistische Jugendliche, Gegner der Todesstrafe – vereinigt im Kampf, die Freiheit dieses unschuldigen Mannes zu fordern. Zentral für diese Perspektive ist die Mobilisierung der Arbeiterbewegung, die einen Vorgeschmack ihrer sozialen Macht gab, als im Dezember 2005 streikende Nahverkehrsarbeiter in New York City das Finanzzentrum des US-Kapitalismus lahmlegten.

Der Weg zum Sieg in Mumias Fall beginnt mit dem Verständnis, dass der Klassenfeind entschlossen ist, seine Hinrichtung durchzuführen. Die multirassistische Arbeiterklasse hat das allergrößte Interesse, gegen ein solches Ergebnis zu kämpfen, das die Gewaltmaschinerie des kapitalistischen Staates, die letztendlich gegen die Arbeiterklasse gerichtet ist, noch weiter stärken würde.

*Das KfsV ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für die Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der SpAD.*

**Komitee für soziale Verteidigung KfsV**  
Verteidigung von Fällen und Anliegen im Gesamtinteresse der arbeitenden Massen  
Dezember 2006 € 1,-

## Der Kampf für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal



**Mumia ist unschuldig!**

### Entlarung eines Komplotts

Rede von Rachel Wolkenstein	7	Eidesstattliche Erklärung von Donald Hering	51
Eidesstattliche Erklärung von Rachel Wolkenstein	30	Erklärung von Linn Washington	53
Eidesstattliche Erklärung von Arnold R. Beverly	48	Eidesstattliche Erklärung von Terri Maurer-Carter	55
Erklärung von Mumia Abu-Jamal	48	Erklärung von Yvette Williams	56
Erklärungen von William Cook	49	Erklärung von Kenneth Pate	57

## Finanzielle Unterstützung für die rechtliche Verteidigung wird sehr dringend gebraucht!

Spendet noch heute an „National Lawyers Guild Foundation“ (Stichwort „Mumia“), per Adresse: Committee to Save Mumia Abu-Jamal, P.O. Box 2012, New York, NY 10159. Oder überweist an: Werner Brand, Commerzbank Berlin, Konto-Nr. 590 109 500, BLZ 100 400 00, Stichwort „Mumia“, die Spenden werden weitergeleitet.

## Organisiert Protestaktionen!

Verabschiedet Anträge mit der Forderung nach Mumias Freiheit in euren Gewerkschaften, Unis oder sonstigen Organisationen. Setzt euch dafür ein, dass eure Gewerkschaft oder Organisation spendet und sich an Demonstrationen und Protesten für Mumia beteiligt. Macht Mumias Fall bekannt, veröffentlicht ihn in Publikationen eurer Gewerkschaft oder anderer Organisationen.

## Macht den Fall überall bekannt!

Bestellt die KfsV-Broschüre für € 1,-. Bestellt auch anderes Kampagnenmaterial: den PDC-Button mit der Aufschrift: „Free Mumia Abu-Jamal! Abolish the Racist Death Penalty!“, € 1,- je Button; das PDC-Video (als VHS oder DVD auf Englisch oder Deutsch) *From Death Row, This Is Mumia Abu-Jamal* für € 10,-. Verbreitet das vierseitige Flugblatt *Freiheit für Mumia*, für € 2,- bekommt ihr 25 Exemplare (auch als PDF-Datei in sechs Sprachen auf [www.partisandefense.org](http://www.partisandefense.org)).

KfsV, c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50, 10507 Berlin  
Telefon: (030) 4 43 94 01, Fax: (030) 4 43 94 02  
E-Mail: [kfsv@online.de](mailto:kfsv@online.de) [www.partisandefense.org](http://www.partisandefense.org)

Bankverbindung: Werner Brand,  
Commerzbank Berlin,  
Konto-Nr. 590 109 500, BLZ 100 400 00

# „Der Mann ohne Gesicht“, den die NATO fürchtete Markus Wolf – ein Nachruf

Im Alter von 83 Jahren starb am 9. November Generaloberst a.D. Markus Wolf, der ehemalige Chef der DDR-Auslandsspionage (HVA) und stellvertretende Minister für Staatssicherheit, im Schlaf. Fast 2000 Menschen kamen am 25. November zu seiner Beerdigung in Berlin. Auch Vertreter der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) erwiesen ihm die letzte Ehre. In der ganzen gefährlichen Zeit des Kalten Krieges hatte er die DDR mutig und intelligent verteidigt. Davor haben wir Hochachtung. Wolfs Spionagedienst half auch den sowjetischen Verbündeten bei militärischen Interventionen im Ausland, zum Beispiel den Kubanern, die in Angola und Mosambik auf der Seite der Guerillakämpfer gegen die Streitkräfte des südafrikanischen Apartheid-Regimes kämpften. In diesem Kampf standen wir auf der gleichen Seite und auch in vielen anderen Kämpfen, wo die DDR gegen den Imperialismus und die kapitalistische Unterdrückung Solidarität erwies.

Wolf hatte sein Leben der Verteidigung des deformierten Arbeiterstaates DDR gewidmet. Doch gefangen in der stalinistischen Politik der Klassenzusammenarbeit behandelte Markus Wolf die politischen Fragen nicht auf der Grundlage vom marxistischen Verständnis der Unvereinbarkeit der Klasseninteressen von Arbeiterklasse und Bourgeoisie. Für ihn war es nicht die Frage, ob der Staat kapitalistisch oder proletarisch ist, ob er der Bourgeoisie oder dem Proletariat dient. Und so trug er dazu bei, das Klassenbewusstsein der ost- und westdeutschen Arbeiterklasse zu zerstören, und half mit seiner beträchtlichen politischen Autorität den Boden dafür zu bereiten, dass die DDR 1990 von Gorbatschow ausverkauft wurde. Er selbst war in den 80er-Jahren ein Vorkämpfer für ihn gewesen. In der Rückschau auf das, was er später den „Verrat“ von Gorbatschow nannte, sagte er: Der Untergang der Sowjetunion und der DDR „wäre ohne Gorbatschow wohl auch nicht vermieden worden, aber anders vorstellbar gewesen. Es hätte zum Beispiel in Deutschland eine längerfristig konzipierte Vereinigung von zwei gleichberechtigten Staaten geben können“ (*Der Spiegel*, 8. Juli 1996, „Wir waren die Helden“). Alle Schemen einer „Konföderation“ mit dem westdeutschen Imperialismus waren nur eine andere Methode, der SED-Basis eine *kapitalistische* Wiedervereinigung schmackhaft zu machen. Einen „dritten Weg“, ein „neutrales“ Deutschland jenseits von

Imperialismus und Sozialismus war immer eine reaktionäre Utopie. Die Frage, die sich stellte, war entweder revolutionäre oder konterrevolutionäre Wiedervereinigung. Die

Alternative einer revolutionären Wiedervereinigung durch proletarisch-politische Revolution in der DDR und eine sozialistische Arbeiterrevolution zur Enteignung der Kapitalistenklasse in Westdeutschland hat Wolf abgelehnt. Für diesen Weg, den Weg von Lenin und Trotzki, haben wir 1989/90 in Deutschland interveniert und kämpfen heute für neue Oktoberrevolutionen weltweit.

Markus Wolf wurde 1923 geboren, in dem Jahr, als der programmatische Kampf zwischen dem Internationalismus von Leo Trotzki sich formierender Linker Opposition und dem Nationalismus der stalinistischen Bürokratie begann. Durch den Druck imperialistischer Umzingelung, die Dezimierung der Arbeiterklasse im Bürgerkrieg und die andauernde Isolation der Russischen Revolution konnte eine Bürokratie, geführt von Stalin, die politische Macht in einer politischen Konterrevolution 1923/24 an sich reißen. Dies wurde von Trotzki später als der „sowjetische Thermidor“ bezeichnet. Während die stalinistische Bürokratie auf den proletarischen Eigentumsformen beruhte, aus denen sie ihre Privilegien zog, war sie nicht unwiderruflich deren Verteidigung verpflichtet. Stalins „Theorie“ vom „Sozialismus in einem Land“ brachte die national begrenzten Interessen der Kreml-Bürokratie zum Ausdruck. Mit ihr wurde die Kommunistische Internationale aus einem Instrument für die Weltrevolution in ein Hindernis für Arbeiterrevolutionen in anderen Ländern verwandelt.

Sechs Jahre zuvor waren Lenin und Trotzki gemeinsam die Führer der Russischen Revolution vom Oktober 1917, deren Sieg durch die Führung einer egalitären demokratisch-zentralistischen Partei erreicht wurde, die auf der Basis von Arbeiter- und Soldatenräten die Macht eroberte. Diese Revolution war eine Inspiration für Arbeiter und Intellektuelle auf der ganzen Welt, und die Familie Wolf gehörte dazu. Wolfs Vater war der jüdische kommunistische Arzt und Schriftsteller Friedrich Wolf, bekannt vor allem durch sein Drama gegen Antisemitismus *Professor Mamlock*, das er auf der Ile de Bréhat vor der bretonischen Küste schrieb, wo sich die Familie Wolf auf ihrer Flucht vor den Faschisten wieder vereinte. Die Familie Wolf gehörte zu den Juden, die das Glück hatten zu entkommen; sie waren Kommunisten und entschieden sich, in die Sowjetunion auszuwandern. Als Markus Wolf nach Deutschland

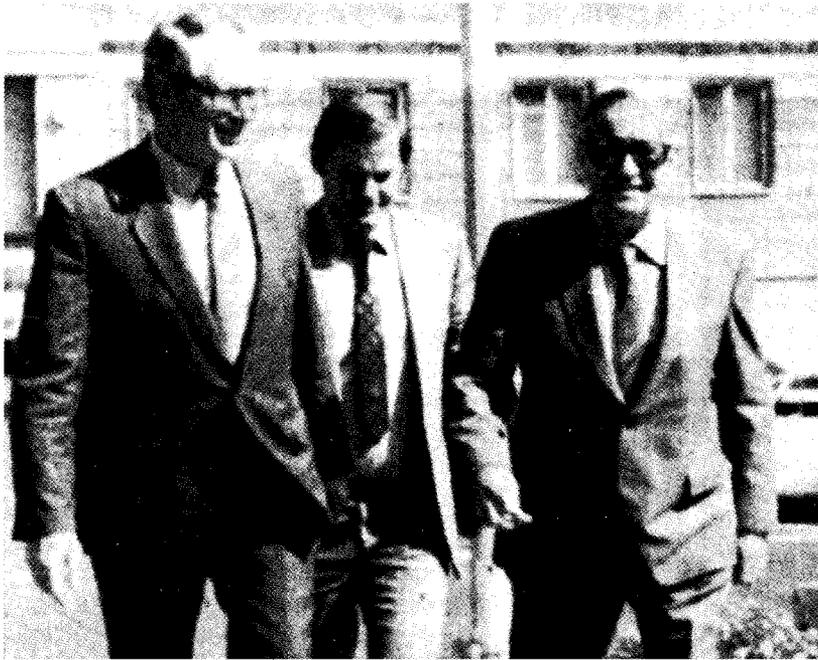


Ullstein

## Markus Wolf 1923–2006

**Foto: 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz. Wolf spricht vor einer Million Demonstranten**

Fortgesetzt auf Seite 8



**Oben: Markus Wolf zusammen mit sowjetischem Spion Harold „Kim“ Philby 1981 in Ostberlin. Rechts: Bundeskanzler Willy Brandt zusammen mit Wolfs Kundschafter Günter Guillaume**



### Markus Wolf...

Fortsetzung von Seite 7

zurückkehrte, wurde ihm bitter bewusst, „wie vollständig wir Kommunisten und die anderen Gegner Hitlers versagt hatten, dieses Gemetzel zu verhindern“.

In der Sowjetunion studierte Markus Flugzeugbau und besuchte die Komintern-Schule, wo er ausgebildet wurde, „um am aktiven Kampf gegen den Hitler-Faschismus teilzunehmen, also illegale Parteilarbeit zu leisten“ (*Der Spiegel*, 8. Juli 1996, „Wir waren die Helden“), aber auch um die Arbeiterinteressen einem Block mit der Bourgeoisie, der „Volksfront“, unterzuordnen. Diese wurde zuerst im Spanischen Bürgerkrieg zum Dogma der Stalinisten, wo die revolutionären Bestrebungen der Massen der Einheit der Volksfrontregierung geopfert wurden. Dies führte zum Sieg des faschistischen Generals Franco. Wolfs Vater hatte sich freiwillig als Arzt bei den Internationalen Brigaden gemeldet; er wollte der stalinistischen Säuberungswelle entgehen, mit der auch die Emigranten in der Sowjetunion überzogen wurden: „Ich warte nicht, bis man mich verhaftet“ (Markus Wolf, *Spionagechef im geheimen Krieg*). Nachdem der deutsche Imperialismus die UdSSR überfallen hatte, strebte der Kreml ein Bündnis mit den imperialistischen Westmächten an.

Die Alliierten-Führer der USA und des Britischen Empire hofften, die Sowjetunion und die Nazis würden sich gegenseitig ausbluten und damit den kapitalistischen Alliierten den Weg frei machen zur Aufteilung eines geschlagenen Europas. Die Entschlossenheit der sowjetischen Völker triumphierte trotz Stalins Heimtücke, aber der Sieg über die Nazis kostete vier blutige Kriegsjahre und das Leben von mehr als 26 Millionen sowjetischen Einwohnern. Wir Trotzlisten standen auf Seiten des degenerierten Arbeiterstaats Sowjetunion in seinem Krieg gegen den deutschen Imperialismus, aber im Gegensatz zu den Stalinisten unterstützten wir nicht die westlichen Imperialisten. Der Zweite Weltkrieg zwischen den imperialistischen Großmächten war wie der Erste Weltkrieg ein imperialistischer Krieg um die Neuaufteilung der Welt und kein Krieg der „Demokratie gegen den Faschismus“.

Die Brüder Wolf kehrten 1945 als Sieger nach Deutschland zurück. Als Offizier der Roten Armee wurde

Konrad Wolf Stadtkommandant von Bernau (bei Berlin), in der Stadt, aus der seine Familie geflohen war. Er hatte auch an der Befreiung Berlins teilgenommen (was er in seinem Film *Ich war neunzehn* schilderte). Markus war als Journalist ein Berichterstatter beim Hauptkriegsverbrecherprozess in Nürnberg. Er gehörte zu denen, die dabei halfen, in der Sowjetischen Besatzungszone die Grundlagen einer Administration unter Walter Ulbricht aufzubauen. Die Perspektive des Sozialismus weckte große Hoffnungen. Juden, Kommunisten und antifaschistisch gesinnte Arbeiter gingen ins sowjetisch kontrollierte Ostdeutschland, die Faschisten und Kollaborateure dagegen flohen in den Westen, um amerikanischen Schutz zu erhalten.

Stalins Plan bestand zuerst darin, die Sowjetische Besatzungszone als Trumpfkarte für Verhandlungen über ein neutrales vereinigtes Deutschland nach dem österreichischen Vorbild zu benutzen. Dieser Plan wurde im Kreml unter Gorbatschow wieder als Geist zum Leben erweckt. Aber 1948, angesichts des feindlichen imperialistischen Drucks durch den Marshall-Plan und die Geburt des antisowjetischen NATO-Bündnisses, führte der Kreml in den von der Roten Armee besetzten Gebieten (bis auf Österreich) strikt kontrollierte soziale Revolutionen durch. Die DDR und die anderen „Volksdemokratien“, die aus diesen gesellschaftlichen Umwälzungen hervorgingen, waren deformierte Arbeiterstaaten nach dem Modell des stalinistischen Regimes in der Sowjetunion, das ein Ergebnis der bürokratischen Degeneration der Oktoberrevolution war.

Als Spionagechef baute Markus Wolf eine Truppe auf, deren Effizienz respektiert werden musste, sogar von den Imperialisten. Es gab schätzungsweise 4000 Agenten allein in Westdeutschland. Wolf war der „Mann ohne Gesicht“, weil die imperialistischen Nachrichtendienste kein Foto von ihm hatten. In den höchsten Kreisen von Industrie, Militär, Politik und Finanzen hatte er Agenten, die auch Zugang zu Überwachungseinrichtungen der NATO-Verbündeten in Westdeutschland und zur NATO selbst hatten. Er schleuste sogar Günter Guillaume unter Willy Brandts engste Vertraute. Guillaume's Enttarnung 1974 führte zu Brandts Rücktritt, der damals Kanzler war. Wolf bedauerte dies, weil ihm Brandts Entspannungspolitik gefiel. 1996 verteidigte er die Spionage: „Aber die Informationen, die Guillaume

neben vielen anderen geliefert hat, haben wesentlich geholfen, dass die DDR, aber auch Moskau, von der absolut feindlichen Haltung gegenüber der Sozialdemokratie abgerückt ist“ (*Der Spiegel*, 8. Juli 1996, „Wir waren die Helden“). Diese Erklärung zeigt in einem Atemzug seine standfeste Verteidigung der ehrenhaften Arbeit, die UdSSR und den Sowjetblock gegen die imperialistische Bedrohung zu verteidigen, und gleichzeitig seine völligen Illusionen in den guten Willen der Sozialdemokratie und in die Entspannungspolitik, die eine Variante von der Volksfrontpolitik der utopischen „friedlichen Koexistenz“ mit dem Imperialismus war. So sagte er später in seinem Schlusswort vor Gericht: „Aber für den Frieden war und ist kein Preis zu hoch.“ Doch ein dauerhafter Frieden ist nur möglich durch den Sturz des Kapitalismus weltweit und das erfordert einen Kampf gegen die Sozialdemokratie, die dem Kapitalismus verpflichtet ist. Die Illusion in einen Frieden ohne Revolution beseelte sein Lebenswerk und zerstörte es letzten Endes durch seine Unterstützung für Gorbatschow, der „die DDR preis[gab]“ (*Der Spiegel*, 8. Juli 1996, „Wir waren die Helden“).

Wolf war in die stalinistische Bürokratie tief integriert und hasste sie aber auch. Durch seine Abmachungen mit seinem Boss Mielke, dem verhassten und gefürchteten Erzstalinisten an der Spitze der für die innere Sicherheit zuständigen Abteilung der Stasi, hatte Wolf freie Hand bei seiner Arbeit, kam aber nie ins Zentralkomitee ihrer Partei, der SED. Wolf legte die Politik nicht fest und stand auch nicht über ihr, aber seine Arbeit war *nicht* bloß gegen die Imperialisten gerichtet, sondern er lieferte auch Informationen, die den Stalinisten dabei halfen, echte revolutionäre Aufstände der Arbeiterklasse zu unterdrücken.

Für Trotzlisten waren die Aufstände in Osteuropa nach Stalins Tod 1953 ein Modell für eine proletarische politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie sowie zur Wiederherstellung der Herrschaft von Arbeiterdemokratie und zu ihrer Ausweitung nach Westen. Die Arbeiter, die Ulbrichts Büros umstellten, riefen im Sprechchor: „Nicht ihr, wir sind die wahren Kommunisten!“ Eine Massenversammlung von 15 000 Metallarbeitern in Ostberlin forderte eine Metallarbeiterregierung, und Arbeiter in Halle begrüßten einen Zug aus dem Westen mit dem Banner „Räumt ihr den Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus!“

Wolf wurde für kurze Zeit zusammen mit anderen „Verdächtigen“ von sowjetischen Kontrollposten verhaftet, wo er „in Ruhe über die wahren Machtverhältnisse in Deutschland nachdenken“ konnte (*Spionagechef im geheimen Krieg*) und so miterlebte, was die weniger Privilegierten erfahren durften. Angesichts der Ereignisse wurde Wolf durchaus klar, „dass das von unserer Führung in die Welt gesetzte Gerede vom ‚faschistischen Abenteuer‘ und vom ‚konterrevolutionären Putsch‘ reine Schutzbehauptungen waren.“ Nachdem der Kreml es geschafft hatte, den Aufstand durch das Auffahren seiner Panzer zu beenden, bestand Wolfs Aufgabe darin, „herauszufinden, inwiefern der Westen bei den Unruhen die Finger im Spiel haben mochte... Dieses Material benötigte unsere politische Führung, um die Verantwortung für den 17. Juni einem äußeren Gegner in die Schuhe schieben zu können.“ Als 1956 die Arbeiter in Ungarn Arbeiterräte organisierten, wurde Wolf aufgetragen, Informationen über eine mögliche Reaktion der NATO auf eine sowjetische Intervention zur Unterdrückung des Aufstandes zu sammeln. Er antwortete: „Die NATO wird nicht intervenieren“ (*Memoirs of a Spymaster*), und der Kreml ertränkte die proletarisch-politische Revolution in Blut. Der „Prager Frühling“ 1968 rief enorme Sympathie in der DDR hervor, insbesondere in den pazifistischen intellektuellen Kreisen, zu denen die Familie Wolf gehörte. Er wurde für Wolf zum Modell, als sich in Reaktion auf

Gorbatschows Glasnost und Perestroika die Dissidenten zu rühren begannen.

Bei der Beerdigung von Markus Wolf erzählte Manfred Wekwerth, nach dem Tod von Konrad Wolf 1982 dessen Nachfolger als Präsident der Akademie der Künste in der DDR, eine aufschlussreiche Geschichte. 1985 hatte die DDR noch keine Videotechnik. Also organisierten die Verantwortlichen für die Theater und die Künste eine Beschaffungsaktion, um diese Technik mit Hilfe eines Diplomatenpasses über die Grenze zu holen. Sie hatten das Videostudio schon vier Jahre lang benutzt, als Klaus Freymuth verhaftet und wegen illegaler Einführung und Verwendung von Videotechnik verhaftet wurde. In seiner Not rief Wekwerth Markus Wolf an und bat ihn um Hilfe, diese schwerwiegenden Anklagen zu entschärfen. Wolf belehrte ihn förmlich über die Gültigkeit von Gesetzen und bot ihm dann ein persönliches Gespräch an. Die Anklagen müssten nicht verkleinert, sondern verschärft werden, und zwar ausgeweitet auf alle in Frage kommenden berühmten und beliebten Personen, einschließlich seines eigenen bereits verstorbenen Bruders, des weltberühmten Filmregisseurs Konrad Wolf. Wekwerth legte zur Verblüffung des Staatsanwalts dieses Geständnis ab, und am Ende brauchte Freymuth nur die Zollgebühren nachzuzahlen.

Im Jahr 1986 trat Wolf von seinem Posten zurück. Laut Gerüchten gab es persönliche Differenzen, vermutlich mit Mielke. Wolf ging in den Ruhestand, um zu schreiben. Er hatte politische Ambitionen, die von Gorbatschows Politik inspiriert wurden. In diesem Zusammenhang erschien er den pro-sozialistischen Antistalinisten in der DDR als „Hoffnungsträger“.

Mit seiner eigenen Mini-Kampagne für Glasnost wollte Wolf eine Alternative zur immer unpopuläreren SED-Führung schaffen. Während das Neue Forum sich unter dem Deckmantel der Kirche organisierte und als andere pro-sozialistische Dissidenten an der Universität Zuflucht suchten, operierte Wolf im Zusammenhang der Kunst. Er schrieb sein autobiografisches Buch *Die Troika*, in dem er Themen behandelt wie die Moskauer Prozesse, das Verschwinden guter Freunde, die Ermordung führender Offiziere der Roten Armee und den Prozess gegen Kamenjew und Sinowjew (mit dessen Familie die Wolfs gut befreundet waren). In Theatern und Kulturzentren überall in der DDR veranstaltete er Lesungen vor einem Publikum von jeweils 30 bis 100 Leuten. Die daraus sich ergebenden offenen Diskussionen brachten eine Konzeption von Kommunismus zum Vorschein, die in einem scharfen Gegensatz zum Honecker-Regime stand und zu Recht als eine offene Kritik an diesem gesehen wurde. Einmal machte ein junger Journalist der offiziellen SED-Zeitung *Neues Deutschland* die Bemerkung: Genosse Wolf, sind Sie sich dessen bewusst, dass ich in meiner Zeitung unmöglich über diese Diskussion berichten kann? Darauf erwiderte Wolf: Nun, dann erwarten Sie nicht von mir, dass ich dazu einen Kommentar abgebe.

Wolfs Perspektive bestand darin, dass er eine antistalinistische Erneuerung innerhalb der allgemein diskreditierten stalinistischen SED anstrebte. Er versuchte die Intelligenz zu mobilisieren und durch sie die Parteikader. Aber notwendig war eine neue egalitäre leninistische Partei, um die Arbeiter für die Verteidigung ihres Staates und die Ausweitung der Errungenschaften der DDR und der Sowjetunion zu mobilisieren.

Als im Sommer 1989 die tödliche Krise des ostdeutschen Stalinismus einsetzte und Massen von DDR-Bürgern das Land verließen, versuchte Honecker vergeblich, die sowjetischen und DDR-Truppen bei der Niederschlagung einer Welle von Massenprotesten einzubeziehen, und

Fortgesetzt auf Seite 10



Spartakist

### Düsseldorf 1993: Spartakisten verteidigen Markus Wolf gegen Rachejustiz des Vierten Reichs

#### Markus Wolf...

Fortsetzung von Seite 9

wurde am 18. Oktober zum Rücktritt gezwungen. Am 4. November gab es eine Demonstration auf dem Berliner Alexanderplatz fürs Rede- und Versammlungsrecht, zu der die Künstler mobilisierten, die an Wolfs Lesungen teilgenommen hatten. Genossen verkauften unsere trotzkistische Zeitung *Spartakist*, die sie über die Grenze geschafft hatten, unter anderem für die Verteidigung der DDR und mit dem Aufruf zur politischen Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie. Und sie machten Fotos von der Flut von Losungen, zu denen auch solche gehörten wie „Für kommunistische Ideale – Keine Privilegien“, „Für eine deutsche Räte-Republik! Bildet Räte!“ und „Für eine neue kommunistische Partei“, aber auch einige für Wiedervereinigung. Als Wolf aufgefordert wurde zu reden, sprach er nicht über seine antistalinistische Kritik aus den *Troika*-Lesungen, sondern beanspruchte für die SED die führende Rolle als Kraft der sozialistischen Erneuerung und warnte vor einer pauschalen Verurteilung der Stasi. Dies führte zu gespaltenen Reaktionen der Demoteilnehmer.

Die Ereignisse überschlugen sich bereits, und drei Tage später reichte jeder Minister der Regierung seinen Rücktritt ein. Zwei Tage später öffnete die neue Regierung die Berliner Mauer. Die Mauer war 1961 als eine bürokratische Maßnahme zur Verteidigung der kollektivierten Wirtschaft gegen den imperialistischen Druck errichtet worden, besonders gegen die Massenabwanderung von Facharbeitern und Freiberuflern in den Westen. Auf dieser Grundlage verteidigten wir die Mauer. Doch was schließlich die Mauer zum Einsturz brachte, war nicht imperialistischer Revanchismus, sondern der gesellschaftliche Kampf der ostdeutschen Massen. So schrieben wir in „Für ein rotes Rätendeutschland!“ (*Spartakist* Nr. 64, 8. Dezember 1989): „Heute kann die Öffnung der Mauer als Sprungbrett dienen zur revolutionären Einheit und zum gemeinsamen Kampf der Arbeitermassen im kapitalistischen Westen und im ostdeutschen deformierten Arbeiterstaat.“

Wolf hielt die Maueröffnung für das Ende. Seine Perspektive war nun Schadensbegrenzung, die Illusion von einer sanfteren Wiedervereinigung. Wolf wurde Teil eines Führungskomitees, das im Dezember 1989 einen

Sonderparteitag organisieren sollte. Wie Wolf in seinem Buch *In eigenem Auftrag* schreibt, legte Wolfgang Berghofer Anfang Dezember die Situation so dar: „Der Druck der Bevölkerung werde bis zum Parteitag weiter wachsen, von der Regierung sei nichts zu sehen, der Staatsapparat beginne zu zerbröckeln, die Fluchtwelle wachse weiter an, Streiks würden zur Realität. Die Demos blieben und Gewalt werde zur unmittelbaren Gefahr. Die Partei sei kaum mehr zu retten, der Sozialismus vielleicht; es gehe im Grunde genommen nur noch um das Land!“ Weiter erinnert sich Wolf: „Divergierende Meinungen zu Grundfragen der Macht, der Wirtschaft, zu den zu erhaltenden sozialistischen Werten, der Rolle und Lage der Partei waren aufeinandergeprallt. Sozialismus, den wir anstrebten, war ohne Eigenstaatlichkeit nicht denkbar.“ Die Regierung Modrow verwendete den Begriff der „Vertragsgemeinschaft mit der BRD“, und innerhalb dieses Kreises argumentierte Gysi schon zu diesem Zeitpunkt für den Aufruf zu einer kapitalistischen Wiedervereinigung. Sein Argument war, wie Wolf berichtet: „Die Wiedervereinigung sei schließlich einmal auch unser Ziel gewesen, und es gebe noch immer die eine deutsche Nation.“ Das war ein Echo von Stalins Nachkriegspolitik für ein bündnisfreies kapitalistisches Deutschland. Auf ihrem Kongress, der am 21./22. Dezember 1989 stattfand, fügte die SED dann „Partei des demokratischen Sozialismus“ zu ihrem Namen hinzu und Gregor Gysi wurde Vorsitzender.

In der zum zweiten Teil des Parteitags verteilten *Spartakist*-Erklärung wurde Spartakist-Sprecherin Renate Dahlhaus zitiert, die eine Zeugin der Ereignisse war:

„Die Frage von Avantgarde, die die Interessen der Arbeiterklasse gegen die Strömungen der Sozialdemokratie organisiert, oder des stalinistischen Ausverkaufs ist eine der wichtigsten Sachen. Deshalb sagen wir: für eine leninistisch-egalitäre Partei. Gysi behauptet, dass die Alternative zum Stalinismus Sozialdemokratie ist – zurück zu Kautsky, zu Ebert und Noske, zu den Bluthunden der Revolution 1918/19. Und das bedeutet, die DDR an die westdeutschen Bankiers preiszugeben.“ (*Spartakist-Arbeiterpressekorrespondenz* Nr. 7, 5. Dezember 1989, „An den SED-Parteitag: Weder Stalin noch Kautsky!“)

Der Höhepunkt in der Periode der politischen Revolution war die Treptower Kundgebung am 3. Januar 1990, die von den Spartakisten initiiert und von der SED-PDS aufgegriffen wurde. Das war eine prosovietische Pro-DDR-Demonstration von 250000 Menschen gegen die faschistische Schändung der Grabstätte von Rotarmisten, die bei der Befreiung Berlins vom Hitler-Faschismus im Mai 1945 gefallen waren. Hier wurde in Reden, auf Papier und auf Bannern das trotzkistische Programm der politischen Revolution zur Verteidigung der DDR durch Arbeiter- und Soldatenräte und für ein rotes Rätendeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa klipp und klar dem stalinistischen Programm von Kapitulation und Konterrevolution entgegengestellt. „Treptow gab zum ersten Mal die Möglichkeit des organisierten Arbeiterwiderstands gegen kapitalistische Wiedervereinigung durch die Arbeiterbasis der SED-PDS“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 15, Frühjahr 1993).

Als Reaktion darauf eskalierte die westdeutsche Bourgeoisie ihren rabiat antikommunistischen Propagandafeldzug: Sie denunzierte die Schändung und die Kundgebung als einen „Stasi-Trick“ und verlangte von der SED-PDS, die Trotzkisten zu unterdrücken, die es wagten, die SPD als das trojanische Pferd der Konterrevolution zu benennen. Gorbatschow erschrak über das „Chaos“, wie er es nannte, und gab grünes Licht für die kapitalistische Wiedervereinigung. Als der Kreml die DDR an den westdeutschen Kapitalismus ausverkaufte, passten sich die

SED-Führer an den Verrat an und wurden die PDS. Dieser konterrevolutionäre Feldzug, der die Stasi zum Brennpunkt machte, traf Markus Wolf unmittelbar und persönlich. Er floh nach Moskau. So war er nicht in Berlin, als Modrow von seinen Diskussionen mit Gorbatschow zurückkehrte und erklärte: „Deutschland soll wieder einig Vaterland, alle Bürger eine deutsche Nation werden.“

Als Markus Wolf zurückkam, gab es die DDR nicht mehr zu verteidigen, sondern die Menschen, gegen die wegen ihrer Verteidigung der DDR eine Hexenjagd betrieben wurde, ihn eingeschlossen. Markus Wolf verteidigte sich und seine ehemaligen Kollegen auf ehrenvolle Weise mitten in einer wütenden antikommunistischen Hexenjagd. Vor einem Gericht der „Siegerjustiz der BRD“ sagte er am ersten Tag des Prozesses:

„Aus meiner Sicht könnte das Gericht noch heute sein Urteil sprechen. Die Anklage wirft mir vor, dass ich viele Jahre Leiter des Nachrichtendienstes der DDR, Hauptverwaltung A, war. Um das festzustellen, bedarf es keiner Beweise und Zeugen. Diese meine Tätigkeit ist unbestritten.“ (*Der Spiegel*, 5. Juli 1993, „Ich liebe eine laute Sprache“)

Wolf weigerte sich, zum imperialistischen Geheimdienst überzulaufen oder jemanden zu verpfeifen. „Lieber ging er in Beugehaft, als vor Gericht gegen ehemalige DDR-Spione auszusagen“ (*Zeit online*, 9. November, „Ein Mann mit vielen Gesichtern“). Genau das sollte jeder Arbeiter, der jemals Streikposten gestanden hat, verstehen und respektieren. Die SpAD/IKL hat Markus Wolf und alle anderen,

die zur Zielscheibe der antikommunistischen Hexenjagd gemacht wurden, verteidigt. *Die Verteidigung der DDR war kein Verbrechen, ihr Ausverkauf war eines.*

Aber es gab und gibt eine Alternative zur kapitalistischen Konterrevolution. Wir kämpften für die Rückkehr zum sozialistischen Weg von Lenin, Liebknecht, Luxemburg und Trotzki. Es ist interessant, sich die Worte des jüdischen Kommunisten Leopold Trepper anzuschauen, der im Untergrund des im Zweiten Weltkrieg von den Nazis besetzten Europas der Führer des sowjetischen Spionagenetzwerks „Rote Kapelle“ war. In seinem Buch *Die Wahrheit* (1975), das er nach seiner Freilassung aus Stalins Gefängnissen schrieb, setzte er sich mit den Verrätereien des Stalinismus auseinander:

„Mit Recht klagen die Trotzkiisten heute jene an, die damals mit den Wölfen heulten und nach dem Henker riefen. Doch sollten sie nicht vergessen, dass sie uns gegenüber den ungeheuren Vorteil hatten, ein geschlossenes System zu vertreten, das geeignet war, den Stalinismus abzulösen, und an dem sie in der tiefen Not der verratenen Revolution Halt fanden. Sie ‚gestanden‘ nicht, denn sie wussten, dass ihr Geständnis weder der Partei noch dem Sozialismus nützte.“

*In untenstehender Box drucken wir aus dem Jahr 1995 einen Artikel von Markus Wolf ab, in dem er zu einer KfsV-Kundgebung für die Rettung des Lebens des in der Todeszelle sitzenden politischen Gefangenen Mumia Abu-Jamal aufruft. Dieser Artikel wurde ursprünglich auf der Titelseite des Neuen Deutschland veröffentlicht. ■*

## Markus Wolf setzte sich für Mumia Abu-Jamal ein

Mumia Abu-Jamal darf nicht sterben!

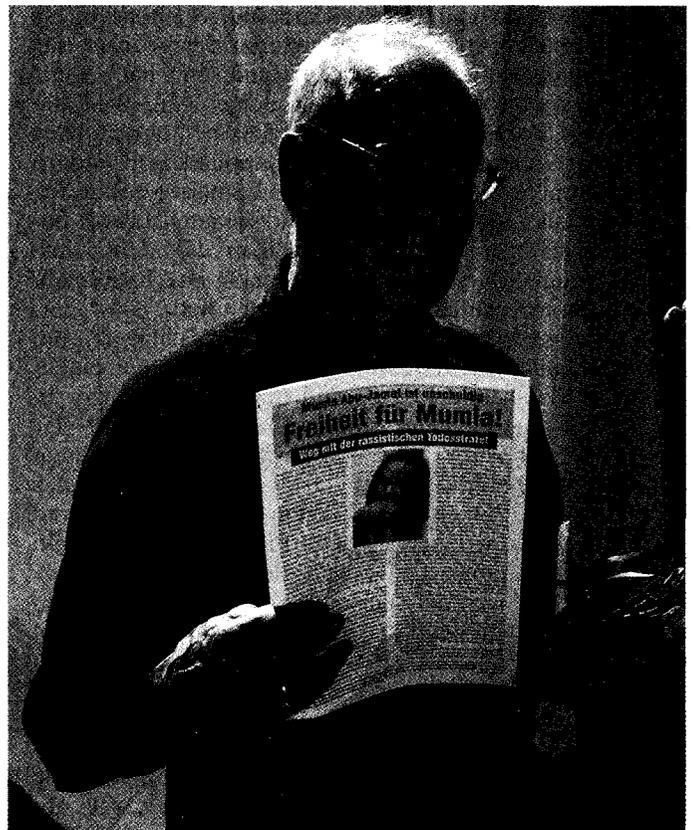
Angesichts des vom Gouverneur des Staates Pennsylvania festgelegten Hinrichtungsdatums auf den 17. August schließe ich mich den Protesten aus aller Welt gegen die Vollstreckung des aus politischen Gründen in einem umstrittenen Prozeß gefällten Todesurteils an.

Noch vor der Errichtung der Hitlerdiktatur in Deutschland und der Verfolgung unserer Familie erklärten meine Eltern die Bedeutung der Solidarität am Beispiel des Unrechts, das den Italienern Sacco und Vanzetti in den USA widerfahren ist. Internationaler Solidarität hatten wir unser Leben während der Naziherrschaft und des Holocaust zu verdanken. Kurz vor seinem Tode 1953 protestierte mein Vater Friedrich Wolf gegen die Hinrichtung von Ethel und Julius Rosenberg auf dem elektrischen Stuhl. Den Wert der internationalen Solidarität, auch aus den USA, habe ich selbst bis in die jüngste Zeit erfahren.

Darum bitte ich jeden einzelnen, dem Unrecht widerfahren ist oder der um sein Recht kämpft, sich der Forderung, das Leben Mumia Abu-Jamals zu retten, anzuschließen. Im weltweiten Protest sind noch zu wenige deutsche Stimmen zu hören. Jeden Gegner der Todesstrafe in Deutschland bitte ich um seine Stimme, alle, die in diesen Wochen der Befreiung der Konzentrationslager und der Opfer der Nazibarbarei gedachten, bitte ich um ihre Stimmen, alle Frauen und Männer, die das Recht auf Leben für das erste der Menschenrechte halten, die den Ruf zur Verleihung des Nobelpreises für die russischen Soldatenmütter so eindrucksvoll unterstützen, die um das Leben ihrer Söhne kämpfen, bitte ich, das Leben des schwarzen amerikanischen Journalisten zu verteidigen!

Mumia Abu-Jamal muß leben!

Markus Wolf  
Berlin, den 4. Juni 1995



Spartakist

**ND-Pressfest, 10. Juni 2006: Markus Wolf war ein aktiver Unterstützer von Mumia. Er unterzeichnete auch die PDC-Unterschriftenliste „Wir fordern die sofortige Freiheit für Mumia Abu-Jamal – Mumia ist unschuldig!“**



AFP

25. November: Bundespolizei greift einen Protest der APPO auf dem Santo-Domingo-Platz von Oaxaca-Stadt an

## Oaxaca...

Fortsetzung von Seite 1

Hintertür hereinschlich, um den Amtseid abzulegen. Mexiko wurde von vielfältigem sozialem Aufruhr erfasst, von den Bauernprotesten in dem Dorf Atenco außerhalb von Mexiko-Stadt, über die Streiks der Metallarbeiter in den Sicarta-Werken in Lázaro Cárdenas, Michoacán, bis zu den Massenprotesten gegen das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen im Juli. Calderón hat mehr Repression versprochen und droht denjenigen, die „die Autorität des Staates herausfordern“. Sein neu eingesetzter Sekretär des Inneren (der die Geheimpolizei und andere Unterdrückungskräfte kontrolliert), Francisco Ramírez Acuña, war als Gouverneur des Bundesstaates Jalisco berüchtigt für die brutale Behandlung, die er 2004 den „Anti-Globalisierungs“-Demonstranten vor einem internationalen Gipfeltreffen in Guadalajara zuteil werden ließ.

Am 27. Oktober schossen bewaffnete Schlägertypen, von denen einige vermutlich Polizisten waren, bei einem Angriff auf streikende Lehrer und deren Unterstützer in der Volksversammlung der Völker Oaxacas (APPO) vier Menschen nieder. Zwei Tage später griffen im Morgengrauen an die 4000 Polizisten der PFP, verstärkt durch Militär, das Zeltlager der APPO im Stadtzentrum von Oaxaca an und töteten drei weitere Personen. Die Protestierenden zogen sich an die Autonome Universität Benito Juárez zurück, wo sich am 2. November Tausende gegen einen brutalen Angriff der PFP zur Wehr setzten, der es offiziell verboten ist, die Universität ohne Erlaubnis der Univerwaltung zu betreten.

Die Proteste gehen angesichts des Belagerungszustandes weiter. Zehntausende von APPO-Unterstützern demonstrierten am 5. November und forderten, die PFP solle die Stadt verlassen und der Gouverneur Ulises Ruiz solle abgesetzt werden. Solidarität mit den Protestierenden von Oaxaca ist dringend notwendig – in Mexiko und international. Am UNAM-Campus von Mexiko-Stadt halfen Genossen der Juventud Espartaquista, Jugendgruppe der Grupo Espartaquista de México, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, dabei, am 31. Oktober im Rahmen eines Studentenstreiks die politikwissenschaftliche Fakultät

lahmzulegen, und organisierten auch eine Protestkundgebung gegen die Angriffe in Oaxaca. Als Studenten aus dem gesamten UNAM-System an Protestaktionen teilnahmen, wurden Schüler der CCH-Naucalpan-Oberschule von rechtsgerichteten Schlägertypen, sogenannten Porros, die von der UNAM-Verwaltung unterstützt werden, angegriffen und einer getötet.

Protestkundgebungen wurden vor mexikanischen Botschaften und Konsulaten in Italien, Brasilien, Kanada, Spanien, Britannien, Griechenland und Deutschland abgehalten, wobei von mehreren Festnahmen berichtet wurde. Die IKL beteiligte sich an Protesten in vielen Ländern und die Spartacus Youth Clubs hielten Kundgebungen an der Universität von Chicago und der Universität von Kalifornien in Los Angeles ab. Nachdem am 30. Oktober vor dem mexikanischen Konsulat in New York City 12 Leute verhaftet worden waren, schickte das Partisan Defense Committee ein Protestschreiben an den Bürgermeister, worin es das Fallenlassen aller Anklagen forderte und bemerkte, dass „Verteidiger der Bürgerrechte und der Rechte der Werktätigen jedes Recht, ja die Pflicht haben, gegen die mörderische Repression in Oaxaca zu protestieren“.

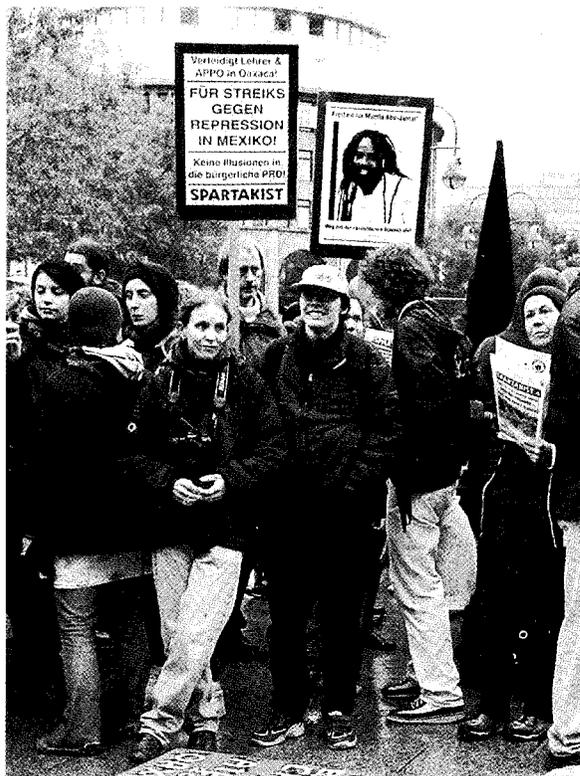
Die jüngste Repressionswelle in Oaxaca begann am Tag, nachdem Lehrer für die Beendigung eines Streiks gestimmt hatten, der im Mai begonnen hatte, als Tausende von Mitgliedern der Ortsgruppe 22 der nationalen Lehrgewerkschaft SNTE für höhere Löhne in den Streik traten. Im Juni rief ein vom Gouverneur des Bundesstaates Oaxaca, Ulises Ruiz von der PRI, angeordneter Angriff Hunderter von Bullen eines Sondereinsatzkommandos Massenopposition gegen sein Regime hervor, und streikende Lehrer und Demonstranten begannen seinen Rücktritt zu fordern. Die Lehrer und ihre Unterstützer, die das Stadtzentrum besetzten, stellten ihre eigenen Sicherheitskräfte auf und betrieben ihren eigenen Radiosender.

Mexikos Herrscher fürchten zunehmend, dass die PRI die Kontrolle in Oaxaca verloren hat und dass die Empörung über die Repression Vorbote eines breiteren sozialen Aufruhrs ist. Am 30. Oktober stimmten Mitglieder der herrschenden PAN und die linke bürgerlich-nationalistische PRD im Senat, wo die beiden Parteien eine Mehrheit haben, dafür, Ruiz zum Rücktritt zu drängen. Selbst Teile der PRI lassen Ruiz fallen. Die Zeitung *La Jornada* aus Mexiko-Stadt (4. November) zitierte Regierungsquellen dahingehend, dass auf Ruiz trotz seines Widerstandes Druck ausgeübt werde, zurückzutreten und einen Ruheposten der Regierung außerhalb des Rampenlichts anzunehmen.

*Wir drucken im Folgenden die Übersetzung eines Flugblatts ab, das unsere Genossen von der GEM am 29. Oktober herausgegeben haben und das von der IKL bei Protestveranstaltungen weltweit verteilt wurde.*

# ESPARTACO

Nach über vier Monaten des Lehrerstreiks – heroisch aufrechterhalten trotz ununterbrochener mörderischer staatlicher Angriffe – und trotz der Tatsache, dass die Lehrer bereits für die Beendigung des Streiks gestimmt hatten,



Spartakist



Workers Vanguard

**4. November: Spartakisten bei Protesten in Berlin (links) und Los Angeles rufen zu Arbeiterstreiks gegen Repression in Mexiko auf, warnen vor Illusionen in bürgerliche PRD**

hat der brutale kapitalistische Staat zur Zerschlagung des Kampfes der Lehrer und ihrer Verbündeten der APPO (Volksversammlung der Völker Oaxacas) eine massive Repression entfesselt. Während wir diese Zeilen schreiben, kursieren Gerüchte, dass die PFP den Zócalo [Hauptplatz] von Oaxaca-Stadt bereits eingenommen habe. Es gibt auch Berichte, dass ein 15jähriger Jugendlicher kurz nach Beginn der Repressionsmaßnahmen erschossen worden sei. Dutzende sind bereits verhaftet worden. Die blutige Repression vom 27. Oktober forderte vier weitere Todesopfer: Der Lehrer Emilio Alonso Fabia, der amerikanische Fotograf von Indymedia, Bradley Roland Will, der Gemeindebauer (Comunero) Esteba Ruiz und eine noch immer unidentifizierte Person wurden bei Angriffen der bundesstaatlichen und der nationalen Polizei im Zusammenspiel mit paramilitärischen Banden der PRI getötet.

Anderen Berichten zufolge sind in diesem Zeitraum 23 Personen verletzt und 20 inhaftiert worden, und 50 Lehrer sind verschwunden. Seit Juni sind bereits mindestens 14 Lehrer und Aktivisten für soziale Gerechtigkeit von der Polizei oder von Todesschwadronen umgebracht und viele andere entweder inhaftiert oder gekidnappt worden. Täglich wird von weiteren Polizeiprovokationen und Polizeiangriffen berichtet. *Die Lehrer und die APPO dürfen gegen die mörderische Repression des kapitalistischen Staates nicht alleine stehen.* Der Angriff auf die Lehrer ist ein Angriff, der sich gegen die gesamte Arbeiterbewegung richtet, und es liegt im Interesse der Arbeiterbewegung, die Lehrer von Oaxaca zu verteidigen. *Die Industriearbeiterklasse muss ihre mächtigen Muskeln durch Streikaktionen zur Verteidigung der Lehrer von Oaxaca und der APPO spielen lassen.*

Wir Trotzisten in der Grupo Espartaquista de México protestieren aufs Schärfste gegen die Angriffe des Staates und seiner Todesschwadronen und wir solidarisieren uns mit dem Kampf der Lehrer und mit den Studenten und Bauern, die sie unterstützen. Wir sagen: Sofortige Freiheit für alle Inhaftierten! Fallenlassen aller Anklagen! PFP und Armee raus aus Oaxaca! Für Arbeiterstreikaktion gegen staatliche Repression! Verteidigt die Lehrer und die APPO!

Für ihre Unterstützung des Kampfes in Oaxaca wurden Schüler der CHH-Naucalpan-Schule am letzten Donnerstag von Porros im Dienste der Behörden und des Staates brutal angegriffen. Einer der Schüler wurde getötet und fünf weitere mussten ins Krankenhaus gebracht werden. Für Arbeiter- und Studentenaktion, um die Porros von der UNAM zu vertreiben!

Die massive Unzufriedenheit wegen der von der PAN und Teilen der PRI durchgeführten rechtsgerichteten Angriffe führte zu einer scharfen sozialen Polarisierung und einem Aufschwung des Populismus, repräsentiert vor allem durch die bürgerliche PRD. Seit 2005 fanden Massendemonstrationen mit bis zu 1,2 Millionen Menschen zur Verteidigung demokratischer Rechte gegen Fox' Desafuero-Schwindel [Entzug der politischen Immunität]

*Fortgesetzt auf Seite 14*

**Abonniere jetzt!**

**Espartaco**

Zeitung der Grupo Espartaquista de México

4 Ausgaben inkl. Spartacist (spanische Ausgabe)

Luftpost € 4,-

Zu beziehen über die Verlagsanschrift

## Oaxaca...

Fortsetzung von Seite 13

gegen [PRD-Präsidentschaftskandidat Andrés Manuel] López Obrador statt. Die PRD-Demonstrationen im Juli, August und September dieses Jahres brachten Millionen auf die Straße aus Protest gegen den zweifelhaften Sieg von Felipe Calderón von der klerikalistischen PAN bei den Präsidentschaftswahlen. Fox antwortete, indem er am 1. September, dem Tag seiner letzten Rede zur Lage der Nation, einen Großteil von Mexiko-Stadt in regelrechten Belagerungszustand versetzte. Die Bourgeoisie selbst ist gespalten und fürchtet, dass sich die Unzufriedenheit zu einer sozialen Explosion auswachsen könnte. So verstehen die brutalen kapitalistischen Herrscher den Angriff gegen die kämpferischen Lehrer von Oaxaca als eine Warnung an die gesamte Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterklasse.

Oaxaca ist einer der ärmsten Bundesstaaten des Landes und einer der ländlichsten und hat den größten Anteil an eingeborener Bevölkerung. Mehr als ein Fünftel der Bevölkerung über 15 Jahren sind Analphabeten; mehr als einem Viertel fehlt es an Trinkwasser. Der Bundesstaat hat das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen und die höchste Armutsrate des Landes, was viele dazu zwingt, entweder in die USA oder in städtische Industriezentren Mexikos abzuwandern, auf der verzweifelten Suche nach einem Weg zum Überleben. Lehrer, die Hungerlöhne verdienen, mühen sich damit ab, Schülern eine Ausbildung zu geben, die oftmals nichts zu essen haben.

Der gegenwärtige militante Kampf spiegelt das Ausmaß der Wut der Massen Oaxacas wider, die in Elend und rassistischer Unterdrückung versunken sind, eine Wut, die sich über lange Zeit aufgestaut hat. Nachdem der Streik begonnen hatte, der anfänglich höhere Löhne verlangte, veranlasste die brutale Repression gegen das Zeltlager der Lehrer im Zentrum von Oaxaca-Stadt am 14. Juni die Ortsgruppe 22 der SNTE, radikalere Methoden anzunehmen und die Entfernung des PRI-Henkers, Staatsgouverneur Ulises Ruiz, zu fordern. Seitdem haben die Lehrer und die APPO – die sich einige Tage später bildete – die Kontrolle über das Stadtzentrum behauptet und haben in der ganzen Stadt Barrikaden errichtet. Ihre Sicherheitskräfte zerschlugen mit Erfolg mehrere Polizeiprovokationen und nahmen einige der Täter gefangen. Isoliert in Oaxaca und mangels sozialer Macht war der Kampf in eine Sackgasse geraten. Die Industriearbeiterklasse muss für alle Ausgebeuteten und

Unterdrückten die Führung übernehmen im Kampf gegen diese Repression des bürgerlichen Staates, die nur durch den Sturz des kapitalistischen Systems durch sozialistische Revolution ein für allemal gestoppt werden kann.

Unsere nachdrückliche Verteidigung der APPO und der Lehrer gegen den Staat bedeutet nicht, dass wir deren politische Perspektive teilen, die von Illusionen in die PRD bestimmt ist und sich in militantem kleinbürgerlichem Populismus erschöpft, der auch die EZLN [Zapatistas] kennzeichnet. Am Vorabend der Präsidentschaftswahlen vom 2. Juli riefen die Lehrer von Oaxaca zu einer „Strafstimmabgabe“ gegen die PRI und die PAN – d. h. für die PRD – auf. Heute ist die Hauptforderung der Lehrer die Absetzung von Ulises Ruiz. Natürlich sollte dieser Verbrecher hinausgeworfen werden. Doch es ist wichtig, zu verstehen, dass der Kapitalismus unabhängig davon, wer ihn verwaltet, ein System ist, das auf der Ausbeutung der Arbeiter und der systematischen Repression gegen Arbeiter und Unterdrückte durch den bürgerlichen Staat – Polizei, Armee, Gerichte und Gefängnisse – basiert. Die Lektionen von Engels gegen jene aufgreifend, die die Meinung vertraten, der bürgerliche Staat könne reformiert werden, erklärte Lenin in *Staat und Revolution*, dass

„die ‚besondere Repressionsgewalt‘ der Bourgeoisie gegen das Proletariat, einer Handvoll reicher Leute gegen die Millionen der Werktätigen, abgelöst werden muss durch eine ‚besondere Repressionsgewalt‘ des Proletariats gegen die Bourgeoisie (die Diktatur des Proletariats). Darin eben besteht die ‚Aufhebung des Staates als Staat‘. Darin eben besteht der ‚Akt‘ der Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft“.

Die PRD ist eine bürgerlich-nationalistische Partei. Ihre Differenzen mit der PAN und der PRI liegen einfach in der Art und Weise, den Kapitalismus zu verwalten. Um einige Krümel mehr von der Tafel ihrer imperialistischen Herren abzubekommen, muss sich die PRD auf die Arbeiterklasse stützen, und das ist der Grund, weshalb sie sich als „Freund“ der Arbeiter und Unterdrückten auszugeben versucht. Illusionen in die nationale Bourgeoisie sind geradezu *selbstmörderisch*. Wie wir in *Espartaco* Nr. 26 (September 2006) schrieben:

„Die Beteiligung der PRD an den ununterbrochenen gewerkschaftsfeindlichen Angriffen in Mexiko-Stadt – insbesondere gegen die SUTGDF [Gewerkschaft der städtischen Bediensteten] und die Metro-Gewerkschaft – und bei der Zerschlagung des UNAM-Streiks 1999 durch die Polizei, bei der mörderischen Repression in Lázaro Cárdenas und in Atenco, bei der Ermordung zapatistischer Aktivisten, die die EZLN dokumentiert hat, usw. sind keine isolierten Vorfälle: Sie sind Ausdruck ihres bürgerlichen und daher naturgemäß arbeiterfeindlichen Charakters.“

Die PRD – und die mit ihr verbundenen Gewerkschaftsbürokratien, ganz zu schweigen von den mit der PRI verbundenen – hat zu dem Kampf in Oaxaca, der ihrer direkten Kontrolle entglitten ist, sorgfältig Distanz gewahrt. Auch wenn die PRD sagt, sie sei gegen die Repression gegen die Lehrer, wird sie morgen die kämpfenden Massen angreifen, wie sie es so oft zuvor getan hat.

## Für permanente Revolution!

Die einzige Perspektive für eine grundlegende Veränderung der Lage der Arbeiterklasse und der Masse verarmter Kleinbürger ist der Kampf für sozialistische Revolution. Die Jugendlichen, die sich mit den kämpferischen Lehrern identifizieren, und Sozialaktivisten in Oaxaca müssen verstehen, dass die Arbeiterklasse die einzige Klasse mit der sozialen Macht und dem Klasseninteresse ist, das kapitalistische System durch sozialistische Revolution zu zerschlagen und

### Abonniere jetzt!

**Workers Vanguard**  
zweiwöchentliche  
Zeitung der  
Spartacist League/U.S.

21 Ausgaben inkl.  
*Spartacist* (englische  
Ausgabe) und  
*Black History*

**Luftpost € 25,-**  
**Seepost € 10,-**

Bestellt bei:  
Verlag Avantgarde  
Postfach 2 35 55  
10127 Berlin  
Konto 1 19 88-601  
Postbank Frankfurt/M.  
BLZ 500 100 60  
BIC PBNKDEFF  
IBAN DE11 5001 0060  
0011 9886 01



Fotos: AP

**Oaxaca-Stadt, 27. Oktober 2006: Demonstranten helfen Dokumentarvideo-Journalist Brad Will, von einem Gangster tödlich verwundet (oben). Trauernde um Lehrer Emilio Alonso Fabian (unten), am gleichen Tag bei Angriff auf Demonstranten erschossen**



dabei alle Ausgebeuteten und Unterdrückten zu führen. Da das städtische Industrieproletariat die Produktionsmittel betätigt, hat es die Macht, die gesamte Wirtschaft lahmzulegen. Ein Beispiel dieser ungeheuren sozialen Macht war jüngst der erfolgreiche Streik der Berg- und Metallarbeiter in Lázaro Cárdenas, Michoacán, der die Bosse in die Knie zwang – sie mussten schließlich allen Forderungen der Gewerkschaft nachgeben – und der Regierung selbst einen schweren Schlag versetzte. Weil die Arbeiter kollektiv arbeiten und sich durch nichts als ihre eigene Arbeitskraft am Leben erhalten können, ist ihr objektives Klasseninteresse die Abschaffung des Privateigentums und folglich die Zerschlagung des kapitalistischen Systems.

Grundlegend für den Erfolg dabei ist ein unnachgiebiger Kampf gegen alle Illusionen in die Bourgeoisie – die vor allem durch die prokapitalistischen Gewerkschaftsbürokraten, die heute alle Gewerkschaften leiten, verbreitet werden – und ein Kampf für die *politische Unabhängigkeit des Proletariats* und

für den Aufbau einer leninistisch-trotzkistischen Avantgardepartei mit dem Ziel, die Arbeiterklasse zur Machtergreifung zu führen. Die Bourgeoisie ist ungeachtet ihrer politischen Perspektive unfähig, selbst demokratische Fragen wie das Agrarproblem, das die Mehrheit der Bauernschaft – in Oaxaca und im ganzen Land – in völligem Elend hält, zu lösen. Wie Leo Trotzki, zusammen mit Lenin Führer der Russischen Revolution vom Oktober 1917, in *Die permanente Revolution* erklärte:

„In bezug auf die Länder mit einer verspäteten bürgerlichen Entwicklung, insbesondere auf die kolonialen und halbkolonialen Länder, bedeutet die Theorie der permanenten Revolution, daß die volle und wirkliche Lösung ihrer *demokratischen Aufgabe und des Problems ihrer nationalen Befreiung* nur denkbar ist mittels der Diktatur des Proletariats als des Führers der unterdrückten Nation und vor allem ihrer Bauernmassen.“

Wesentlich für die Bekämpfung des Einflusses der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse ist der Kampf gegen nationalistische Ideologie, die nur dazu dient, die Arbeiter an „ihre eigenen“ Bosse, Lakaien der Imperialisten, zu ketten. Die Arbeiterklasse ist eine internationale Klasse mit gemeinsamen Interessen, und eine proletarische Revolution in Mexiko könnte nicht überleben ohne den Beistand unserer Klassenbrüder in den Vereinigten Staaten. Marxisten setzen dem bürgerlichen Nationalismus proletarischen Internationalismus entgegen und kämpfen für neue Oktoberrevolutionen auf der ganzen Welt.

### **Das linke Anhängsel des Populismus**

Die Mehrheit der Linken hat sich politisch an die APPO und die Lehrer angepasst (obgleich einige, wie „Militante“, eine pseudotrotzkistische Gruppe, die Teil der bürgerlichen PRD ist, die APPO von rechts kritisieren,

weil ein Teil der APPO sich weigerte, am „Demokratischen Nationalkonvent“ teilzunehmen, dessen einzige Aufgabe es war, AMLO [López Obrador] zum „legitimen Präsidenten“ zu ernennen [„La Insurrección Revolucionaria de Oaxaca“, undatiertes Flugblatt]). Die Stalinisten der Kommunistischen Partei Mexikos (Marxisten-Leninisten) [PCM] gründen ihre ganze Strategie auf den Aufbau ihrer „Revolutionären Volksfront“ (FPR) mit dem Ziel der Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Bourgeoisie durch das menschevistische – später von Stalin nachgeahmte – Schema der „Zwei-Etappen-Revolution“. Die erste Etappe besteht aus einer angeblichen bürgerlich-demokratischen Revolution; die zweite Etappe, angeblich der Kampf für eine sozialistische Revolution, hat in der Realität schon immer in einem Massaker an den Arbeitern bestanden. So ruft die PCM nach „Alle Macht dem Volke“ (*Vanguardia Proletaria*, zweite Zweiwochenausgabe vom Oktober 2006), eine Macht,

*Fortgesetzt auf Seite 16*

**Oaxaca...**

Fortsetzung von Seite 15

die nach Florentino López, einem Sprecher der APPO und Mitglied der FPR, erreicht wird „durch eine Neue Konstituante, die eine demokratische Volksregierung bildet, die einem wahrhaft freien und souveränen Staat Oaxaca den Weg ebnet wird“. Eine „demokratische Volksregierung“ ist eine **bürgerliche** Regierung. Um seine Preisgabe des bolschewistischen Programms des Kampfes für sozialistische Weltrevolution zu „rechtfertigen“, stellte Stalin das antirevolutionäre Dogma auf, dass die UdSSR den „Sozialismus in einem Lande“ aufbauen könne. *Vanguardia Proletaria* gibt dieser Absurdität eine neue Wendung und kämpft nun für „Volksdemokratie“ in nur einem Bundesstaat.

Nicht weit entfernt von den Stalinisten ist die Politik der Pseudotrotzkisten der Liga de Trabajadores por el Socialismo – ContraCorriente (LTS-CC). In ihrer Zeitung *Estrategia Obrera* (2. Oktober) erklären sie: „Dass eine Doppelherrschaft existiert, zeigt die Tatsache, dass die Medien den Kampf koordinieren, Solidarität ausbauen und die Unzufriedenheit der Unterdrückten zum Ausdruck bringen.“ Diese Erklärung ist absurd.

Das klassische Beispiel einer Doppelherrschaft lieferte die Russische Revolution von 1917. Die Arbeiter führten die Februarrevolution durch, die den Zar zu Fall brachte und zur Errichtung einer bürgerlichen Republik unter der Leitung der Provisorischen Regierung führte. Doch diese Revolution brachte auch die Sowjets hervor, Räte, der Macht der Bourgeoisie entgegengesetzte Organe der **Arbeitermacht**. Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre (eine populistische Partei, die sich auf die Bauernschaft stützte) unterstützten die Provisorische Regierung und beteiligten sich daran und führten anfangs die Sowjets mit einer Politik der Klassenzusammenarbeit. Im Gegensatz dazu lehnten Lenins Bolschewiki die Provisorische Regierung scharf ab und forderten „Alle Macht den Sowjets!“, wobei sie scharf

gegen die Provisorische Regierung polemisierten und so die Oktoberrevolution vorbereiteten. Der Widerspruch zwischen den beiden Machtzentren (der bürgerlichen Provisorischen Regierung und den Arbeitersowjets) – eine zutiefst und notwendigerweise instabile und kurzlebige Situation – wurde durch die bolschewistische Revolution aufgelöst, die die Bourgeoisie stürzte und die Diktatur des Proletariats auf Grundlage der Sowjets errichtete.

Die LTS-CC ruft auf zu einer „provisorischen Regierung der APPO und anderer Arbeiter-, Bauern- und Volksorganisationen des Bundesstaates. Diese Regierung muss auf den Ruinen des gegenwärtigen Regimes eine Revolutionäre Konstituierende Versammlung [d. h. ein **bürgerliches Parlament**] einberufen, um Forderungen des Volkes an den Bundesstaat zu diskutieren und voranzubringen, als Teil eines nationalen Kampfes gegen das Regime sich einander ablösender Parteien.“ Der Aufruf der LTS-CC beschränkt sich auf die Verwaltung des kapitalistischen Staates in Oaxaca durch die APPO und gibt sich so der Illusion einer Art von demokratischer Insel der „Selbstverwaltung“ inmitten des brutalen kapitalistischen Regimes hin – die auch die Zapatistas sehr populär gemacht hat. In der Praxis macht sich die LTS-CC auch die menschewistische Vorstellung einer „Revolution in Etappen“ zu eigen. Es ist kein Zufall, dass die LTS den Namen der **bürgerlichen und imperialistischen** Provisorischen Regierung in Russland 1917 aufgreift.

Wenngleich die Internationalistische Gruppe (IG) öfter als die oben erwähnten Gruppen versucht, eine marxistisch klingende Phraseologie zu gebrauchen, teilt sie mit diesen eine Anpassung an das Bewusstsein der Massen im Kampf. Unfähig, auf unsere Polemiken zu antworten, hat die IG zu den krassesten Fälschungen Zuflucht genommen und kürzlich die üble Verleumdung in die Welt gesetzt, wir Spartakisten seien „Fürsprecher von Todesschwadronen“. Der Grund für ihren verzweifelten Rückgriff auf eine solche

# SPARTACIST



Russische Revolution und Emanzipation der Frauen



Frauen und die Französische Revolution



Holocaust, „Kollektivschuld“ und deutscher Imperialismus

Nr. 22  
€ 1,50

Nr. 20  
€ 2,-

**Nr. 25**  
€ 1,50

Russische Archive: Anarchistische Lügen abermals widerlegt  
**Kronstadt 1921: Bolschewismus gegen Konterrevolution**  
 Empire, Multitude und „Tod des Kommunismus“  
**Senile Ergüsse des Postmarxismus**  
 Frauen und Revolution  
**Russische Revolution und Emanzipation der Frauen**  
 Briefwechsel mit Revolutionary History ..... 2  
 Für eine leninistische Partei in Griechenland!  
 Gründung der Trotzkistischen Föderation des Balkans!  
 Gründung der Trotzkistischen Gruppe Griechenlands ..... 3  
 Elizabeth King Robertson, 1951-2005 ..... 4

**Spartacist** ist die theoretische und dokumentarische Quellensammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Unter der Leitung des Internationalen Exekutivkomitees in Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch veröffentlicht, verkörpert **Spartacist** die Verpflichtung der IKL auf den leninistischen Internationalismus.

**Ebenfalls erhältlich:**  
 Gebundene Ausgabe des deutschsprachigen **Spartacist**, Nr. 1-10, Frühling 1974 bis Winter 1981/82, € 25,-  
**Jetzt neu:** Gebundene Ausgabe des deutschsprachigen **Spartacist**, Nr. 11-18, Winter 1983/84 bis Frühjahr 1997, € 25,-

11. April 2006:  
Stahlarbeiter des  
Mittal-Stahlwerks  
im mexikanischen  
Hafen von Lázaro  
Cárdenas nach er-  
folgreichem Streik.



Verleumdung ist unsere prinzipienfeste Verteidigung der Bergarbeitergewerkschaft gegen den Angriff von Fox und der PRD und unsere Verurteilung der PRD-freundlichen und gewerkschaftsfeindlichen Position der IG, dass die korporatistischen Gewerkschaften in Wirklichkeit den „Klassenfeind“ (und somit „Todesschwadronen“) darstellen, während nur die mit der PRD verbundenen Gewerkschaften echte Arbeiterorganisationen seien, wie auch unsere Verurteilung ihrer anschließenden Aufkündigung der grundsätzlichen Verteidigung der Bergarbeitergewerkschaft gegen staatliche Angriffe (siehe „IG: Dangerous Lies and Cynical Slanders“ [IG: Gefährliche Lügen und zynische Verleumdungen], *Workers Vanguard* Nr. 879, 27. Oktober).

Die Gründungskader der IG kamen vor einem Jahrzehnt aus der IKL, verzweifelnd an der mühsamen Aufgabe, leninistisch-trozkistische Parteien zum Kampf für die sozialistische Revolution zu schmieden. Seitdem haben sie sich der Suche nach Ersatz für das Proletariat als grundlegendem Handlungsträger für die proletarische Revolution verschrieben. Ihre Stellungnahmen zu Oaxaca zeigen dies deutlich. Die IG charakterisiert die APPO als

„eine Organisation mit Volksfrontorientierung, wenn auch erst im Herausbildungsprozess begriffen. Das heißt, sie weist in die Richtung einer Koalition der Klassenzusammenarbeit, die versucht, die Arbeiterklasse an Teile der Bourgeoisie zu binden, explosiven Klassenkampf zum Scheitern zu bringen und so eine ‚revolutionäre Gefahr‘ abzuwenden“ (*El Internacionalista/Edición México* Nr. 2, August 2006).

Die Volksfront ist eine Koalition der Klassenzusammenarbeit, in der eine oder mehrere Arbeiterparteien der Bourgeoisie untergeordnet sind, im Allgemeinen um den kapitalistischen Staat zu verwalten. Die APPO ist keine Arbeiterorganisation, sondern stützt sich auf gewerkschaftlich organisierte Lehrer und Teile der Kleinbourgeoisie wie Studenten und Bauern. Durch ihre soziale Zusammensetzung wie auch ihre politische Perspektive – die das Proletariat in der Masse des „Volkes“ auflöst und die sich auf Illusionen einer demokratischen Reform des kapitalistischen Staates stützt, zu deren Ausführung sie auch noch direkt die PRD

ausersehen hat – ist die APPO keine volksfrontlerische Organisation, sondern, wie wir bereits gesehen haben, einfach populistisch. Wenngleich der Kampf in Oaxaca als Funke dienen könnte, Arbeiterkampf anzufachen, stellt er für sich genommen keine „revolutionäre Gefahr“ dar. Die IG ist unfähig zu erkennen, dass das Industrieproletariat, das in Oaxaca sowieso winzig ist, im gegenwärtigen Kampf keine relevante Kraft darstellt, und hat in den Lehrern, Studenten und Bauern einen Ersatz dafür gefunden.

Auf jeden Fall ist das Geschwätz der IG über das „Volksfrontlertum“ der APPO dazu gedacht, ihrer Anpassung eine etwas „linke“ Rechtfertigung zu geben. In der Realität, wenn es darauf ankommt, ziehen sie es vor, jede Kritik an den kämpfenden Massen verstummen zu lassen. So ließen neulich ihre Wortführer auf einer von der IG an der CCH Sur (eine andere UNAM-Oberschule) einberufenen Studentenversammlung jegliche Kritik, jegliche Bezugnahme auf den Marxismus oder auch nur auf ihre eigene Organisation beiseite, um ihre Weggefährten in der „Bewegung“ nicht abzustößen.

Wir Spartakisten kämpfen für die Schmiedung einer revolutionären, proletarischen und internationalistischen Partei als entscheidendes Instrument für eine sozialistische Revolution – die einzige Lösung gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Elend, die dem Kapitalismus innewohnen. Die Arbeiterklasse darf die kapitalistische Repression nicht ungestraft durchgehen lassen. *Verteidigt die Lehrer gegen staatliche Angriffe!* ■

**Besucht die Website der  
Internationalen  
Kommunistischen Liga!**

[www.spartacist.org](http://www.spartacist.org)



René Burri

**Mitglieder einer landwirtschaftlichen Kommune in der Nähe von Shanghai, 1964**

## China...

Fortsetzung von Seite 24  
gekennzeichnet ist:

„Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent – nach den Abzügen – exakt zurück, was er ihr gibt...“

Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*.“ (*Kritik des Gothaer Programms* [1875]; Hervorhebungen im Original)

Offenkundig unterschied und unterscheidet sich die Volksrepublik China von Mao Zedong bis Hu Jintao beträchtlich von dem normativen Begriff der Diktatur des Proletariats, den Marx in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte. China ist ein national isolierter und bürokratisch regierter Arbeiterstaat in einem wirtschaftlich rückständigen Land, das feindlichen und mächtigeren kapitalistisch-imperialistischen Staaten gegenübersteht.

Bekanntermaßen glaubten Karl Marx und Friedrich Engels, dass proletarische Revolutionen zuerst in Westeuropa ausbrechen und sich dann auf Nordamerika ausdehnen würden. Dementsprechend stellten sie sich die Diktatur des Proletariats als einen relativ kurzen, harmonischen Übergang zum Sozialismus vor. Der tatsächliche Verlauf der Geschichte, angefangen mit der ersten erfolgreichen sozialistischen Revolution im wirtschaftlich rückständigen Russland 1917, erwies sich als komplexer und widersprüchlicher. Dennoch glaubte die bolschewistische Partei von W.I. Lenin und Leo Trotzki nie, dass der Sozialismus in Russland alleine aufgebaut werden könne. Tatsächlich konzentrierten sie ihre Aktivitäten, angefangen mit der Gründung der Dritten Internationale, auf den Aufbau revolutionärer Arbeiterparteien rund um den Erdball, um den Kampf für den proletarischen Sturz der kapitalistischen Herrschaft weltweit zu führen.

Jedoch legte das Scheitern der internationalen Revolution, vor allem die Niederlage der deutschen Revolution von

1923, und die zunehmende Isolation der jungen sowjetischen Arbeiterrepublik in Verbindung mit den Verwüstungen durch den Ersten Weltkrieg und den Bürgerkrieg die materielle Grundlage für das Wachstum eines nationalistischen Bürokratismus. Von 1923/24 an machte die Sowjetunion unter der zunehmend despotischen Herrschaft Josef Stalins eine bürokratisch-nationalistische Degeneration durch. Dennoch blieb die sowjetische Weltmacht zum Teil ein Gegengewicht zum Weltimperialismus und ermöglichte so die Chinesische Revolution von 1949 und die Konsolidierung des aus ihr hervorgegangenen bürokratisch deformierten Arbeiterstaats. Während des Koreakriegs Anfang der 1950er-Jahre drohten die US-Herrscher nicht nur mit dem Einsatz von Atomwaffen gegen Rotchina, sondern zogen dies tatsächlich in Erwägung. Sie taten es nicht – hauptsächlich aus Furcht, dies könnte zum Krieg mit einer atomar bewaffneten UdSSR führen.

Der Sieg der von den Kommunisten geführten, auf der Bauernschaft basierenden „Roten Armeen“ über die bürgerlich-nationalistische Guomindang 1949 zerschlug den Militärapparat des halbkolonialen chinesischen kapitalistischen Staates. Chiang Kai-shek und seine Kumpane flohen mit den Überresten ihrer Armee unter dem Schutz des amerikanischen Imperialismus auf die Insel Taiwan. Das neue Regime der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) errichtete sofort ein politisches Macht- und Organisationsmonopol. So wurde die chinesische Bourgeoisie politisch enteignet, und ein paar Jahre später wurde die Wirtschaft verstaatlicht. Gleichzeitig wurde jegliche Bewegung der Arbeiterklasse in Richtung unabhängiger politischer Betätigung schonungslos unterdrückt. Mao und seine Kollegen waren dabei, einen Staat zu errichten, für dessen grundlegende wirtschaftliche und politische Strukturen die Sowjetunion unter Stalin als Vorbild diente.

## Maos China: Ideologie und Realität

In den 1960er-Jahren war der Maoismus mit seinen Appellen an Gleichheitssinn, Massenmobilisierungen und Moral anstelle materieller Anreize für viele linke Intellektuelle rund um die Welt attraktiv. Hart-Landsberg und Burkett nehmen diese Haltung wieder auf, obgleich sie gegenüber Maos China viel kritischer eingestellt sind als die frühere Generation westlicher maoistischer Intellektueller wie etwa Paul Sweezy. Dennoch beschreiben sie China in der Mao-Ära als ein Land, in dem „Vollbeschäftigung, grundlegende soziale Sicherheit und allgemeine Gleichheit für die arbeitenden Menschen Chinas“ erreicht worden seien.

Gewiss, die Einkommensverteilung in China war bei weitem egalitärer als in den neokolonialen kapitalistischen Ländern Asiens wie Indien oder Indonesien. Aber sie war nicht egalitärer als in der Sowjetunion in dieser Periode und war in manch wichtiger Hinsicht tatsächlich weniger egalitär. Mitte der 1950er-Jahre führte China in den staatseigenen Betrieben eine Lohn- und Gehaltsstruktur ein, die nach dem Vorbild der Sowjetunion ausgerichtet war, und diese Struktur wurde die ganze Mao-Ära hindurch beibehalten. Das Einkommensverhältnis zwischen dem obersten Verwaltungsrang und dem untersten Rang der Arbeiterklasse war 15 zu 1. Darüber hinaus konnten, wie in der UdSSR, hochrangige Partei- und Regierungsfunktionäre, Betriebsleiter und dergleichen in China ihr offizielles Einkommen durch verschiedene Formen des Parasitentums und der Korruption aufbessern und taten dies auch.

Die zunehmende sozioökonomische Kluft zwischen dem ländlichen und dem städtischen China hatte ihren

Ausgangspunkt nicht in den marktorientierten „Reformen“ Deng Xiaopings. Sie war schon in den letzten Jahren der Mao-Ära ausgeprägt. Zwischen 1952 und 1975 stieg der durchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung um 83 Prozent im Vergleich zu nur 41 Prozent bei den ländlichen Werktätigen (Carl Riskin, *China's Political Economy: The Quest for Development since 1949* [Chinas politische Ökonomie: Das Streben nach Wachstum seit 1949], 1987). Im Jahre 1980 (zu Beginn der „Reform“-Ära) konsumierten Stadtbewohner 60 Prozent mehr Lebensmittelgetreide pro Kopf und aßen fast zweieinhalbmal soviel Fleisch wie Mitglieder der Landkommunen. Beim Besitz von Konsumgütern (z.B. Uhren, Nähmaschinen, Radios) war der Unterschied sogar noch größer. Der durchschnittliche Gesamtkonsum im städtischen China war zwei- bis dreimal höher als auf dem Land.

Dagegen *schrumpfte* in der Sowjetunion in den 1960er- und 1970er-Jahren die Kluft zwischen dem Lebensstandard der ländlichen und der städtischen Bevölkerung merklich. Ein großer Teil der landwirtschaftlichen Kollektivbetriebe wandelte sich freiwillig in Staatsbetriebe um, deren Arbeiter einheitliche Löhne und Sozialleistungen erhielten, unabhängig von den Schwankungen des landwirtschaftlichen Ertrags und der Einkaufspreise der Regierung. Anfang der 1980er-Jahre stiegen die Einkommen der Bauern in der UdSSR tatsächlich stärker als jene der Fabrik- und Büroarbeiter. Dieses größere Ausmaß an Egalitarismus war nur möglich, weil die Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt ein weit höheres Produktivitätsniveau erreicht hatte als China.

Die wirtschaftliche Strategie, die die KPCh-Bürokratie während der Mao-Ära verfolgte, ähnelte im Wesentlichen der von Stalins Russland der 1930er-Jahre. Das Konsumniveau sowohl der Bauern als auch der Arbeiter wurde niedrig gehalten, um den wirtschaftlichen Überschuss zu maximieren, der dann vor allem für Investitionen in die Schwerindustrie verwendet wurde. Zwischen 1952 und 1975 lag die durchschnittliche industrielle Wachstumsrate bei 11 Prozent pro Jahr. Zu Beginn dieser Periode machte die industrielle Produktion 20 Prozent von Chinas gesamter Produktion aus; am Ende waren es 45 Prozent. Der Aufbau eines bedeutenden, relativ modernen Industriesektors während der Mao-Ära legte die Grundlage für die hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten und die allgemeine Verbesserung des Lebensstandards unter Deng und seinen Nachfolgern. Jedoch begrenzte der äußerst kapitalintensive Charakter dieser industriellen Investitionen die Ausweitung der städtischen Arbeiterklasse und die entsprechende Reduzierung des sozialen Gewichts der Bauernschaft. Zwischen 1952 und 1975 wuchs die nicht-landwirtschaftliche Komponente der Arbeitskräfte nur von 16 auf 23 Prozent.

In den letzten Jahren der Mao-Ära stieß dann die Wirtschaftsstrategie des Regimes auf zunehmende Schwierigkeiten und Widersprüche und rief allgemeine Unzufriedenheit hervor. Die Arbeitsproduktivität hatte, größtenteils wegen der Inkompetenz des bürokratischen Kommandotums, seit Mitte der 1950er-Jahre stagniert, sie war nur um weniger als ein Prozent pro Jahr gestiegen. Um dies auszugleichen, wurde ein immer größerer Anteil des gesamten nationalen Einkommens für Investitionen in die Schwerindustrie verwandt, von 24 Prozent Mitte der 50er-Jahre ansteigend bis auf 33 Prozent Anfang der 70er-Jahre. Die enormen wirtschaftlichen Ressourcen für die industrielle Expansion wurden vor allem der Bauernschaft abgepresst durch massive Besteuerung und Zwangslieferungen von Getreide und anderen landwirtschaftlichen Produkten zu künstlich niedrigen Preisen. Außerdem wurden die Reallöhne der städtischen Arbeiter zwei Jahrzehnte lang praktisch eingefroren. Der amerikanische linke Intellektuelle Maurice

Meisner, der im allgemeinen Maos China ganz freundlich gegenübersteht, erkannte dennoch:

„Konsum und allgemeiner Lebensstandard fielen, während die Akkumulationsrate stieg, um das hohe Tempo der Entwicklung der Schwerindustrie aufrechtzuerhalten. Ohne wirkliche Fortschritte in der Produktivität ist es unwahrscheinlich, dass diese hohen Akkumulations- und Investitionsraten viel länger hätten aufrechterhalten werden können, ohne die Bevölkerung weiter verarmen zu lassen.“ (*The Deng Xiaoping Era: An Inquiry into the Fate of Chinese Socialism, 1978–1994* [Die Deng-Xiaoping-Ära: Eine Untersuchung über das Schicksal des chinesischen Sozialismus, 1978–1994], 1996)

Bei ihrer Verurteilung Chinas in der „Reform“-Ära messen Hart-Landsberg und Burkett der Abschaffung der garantierten lebenslangen Anstellung in staatseigenen Unternehmen wichtige Bedeutung bei, sie sehen dies als einen entscheidenden Schritt in Richtung auf die angelegte Restauration des Kapitalismus. Sie schreiben in ihrer Erwiderung auf Lippit: „Solch eine materielle Unsicherheit entspricht tatsächlich dem Wesen der sozialen Trennung der Arbeiter von ihren Produktionsbedingungen, wie sie im Kapitalismus existiert.“

Gewiss, die chinesischen Arbeiter betrachteten garantierte lebenslange Anstellung und Sozialleistungen (die „eiserne Reisschüssel“ genannt) als eine der wichtigsten sozialen Errungenschaften der Revolution von 1949. Doch ein Land so arm und wirtschaftlich rückständig wie China konnte ganz offensichtlich nicht Hunderten von Millionen Bauern Arbeitsplätze in staatseigenen Industrieunternehmen zur Verfügung stellen, noch dazu mit lebenslanger Garantie und einem Niveau an Löhnen und Sozialleistungen, das zwei- bis dreimal so hoch war wie das Einkommen der Mitglieder von Landkommunen.

Um die soziale Ordnung aufrechtzuerhalten, hinderte das KPCh-Regime während der Mao-Ära Bauern gewaltsam daran, auf der Suche nach Arbeit in die Städte abzuwandern. Darüber hinaus stellte das Regime nicht jedem aus der wachsenden städtischen Arbeiterschaft einen Arbeitsplatz im staatseigenen Sektor zur Verfügung. Während der Kulturrevolution wurden an die 17 Millionen städtische Jugendliche nach ihrem Schulabschluss in die Landkommunen verschickt und dabei zwangsweise von

Fortgesetzt auf Seite 20



Young Spartacus

Berkeley, Kalifornien, April 2001: Protest gegen ROTC (Armee-Rekrutierer)

## China...

Fortsetzung von Seite 19

Familie und Freunden getrennt. Was glauben Hart-Landsberg und Burkett – wie viele dieser Jugendlichen hätten, falls sie die Wahl gehabt hätten, sich dafür entschieden, lieber in einem landwirtschaftlichen Kollektivbetrieb zu arbeiten, anstatt fast jeden Job in der Stadt, in der sie lebten, anzunehmen, selbst wenn der nicht mit lebenslanger Garantie verbunden war und unter dem allgemeinen Lohnniveau bezahlt wurde? In den letzten Jahren der Mao-Ära waren die Landkommunen zu einem enormen Reservoir versteckter Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung geworden.

Zweck der Kulturrevolution war es unter anderem, die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse im Namen eines vorgetäuschten „sozialistischen Egalitarismus“ zu beschneiden. Außerdem war eine garantierte lebenslange Anstellung in einem *bestimmten Betrieb* wirtschaftlich nicht vernünftig und behinderte zunehmend die Maximierung der Arbeitsproduktivität durch Neuinvestitionen. Ein Großteil von Chinas Industrieanlagen war während des ersten (und sehr erfolgreichen) Fünfjahresplans Mitte der 50er-Jahre errichtet worden. Sie enthielten die modernste Technologie, die China damals via der Sowjetunion zur Verfügung stand. In den 70er-Jahren waren dann viele Industrieunternehmen technologisch veraltet. Die Maximierung der Arbeitsproduktivität für ein gegebenes Maß an Investitionen erforderte die Schließung mancher Unternehmen und ihre Ersetzung durch neue oder eine Neuausrüstung mit neueren, arbeitssparenden Technologien. In jedem Fall würde eine große Anzahl individueller konkreter Arbeitsplätze abgeschafft werden.

Eine wirklich sozialistische Regierung würde die überzähligen Arbeiter anderswo zu vergleichbaren Löhnen und Sozialleistungen einstellen, einschließlich staatlich finanzierter Vorsorge für Umzug und Umschulung. Natürlich taten Deng und seine Nachfolger das nicht. Arbeiter, die aus staatseigenen Unternehmen entlassen wurden, wurden sich selbst überlassen und viele erlitten wirkliche Entbehrungen. Aber, um es nochmal zu sagen, auch das Mao-Regime hatte die Reallöhne zwei Jahrzehnte lang praktisch eingefroren mittels bürokratischen Kommandowesens und polizeistaatlicher Repression.

Die von Deng initiierten marktorientierten Reformen waren ein Versuch, innerhalb des Rahmens des stalinistischen Bonapartismus gegen die Unfähigkeit der bürokratischen Kommandoorganisation anzugehen. Wie wir in den 1980er-Jahren schrieben:

„Im Rahmen des Stalinismus gibt es also eine innere Tendenz, die zentrale Planung und Leitung zu ersetzen durch Marktmechanismen. Da Manager und Arbeiter nicht der Disziplin der Sowjetdemokratie (Arbeiterräte) unterworfen werden können, sieht die Bürokratie die einzige Antwort auf die wirtschaftliche Ineffizienz immer mehr darin, die Wirtschaftsakteure der Disziplin marktwirtschaftlicher Konkurrenz zu unterwerfen.“ („Für zentrale Planung durch Sowjetdemokratie“, abgedruckt in „Marktsozialismus“ in *Osteuropa*, *Spartakist*-Broschüre, August 1989)

## Widersprüche der „Reform“-Ära

Als Mao starb, hatte China zwar einen bedeutenden, relativ modernen schwerindustriellen Sektor aufgebaut, war aber immer noch ein vorwiegend bäuerliches Agrarland. Mehr als Dreiviertel der Arbeitskräfte war in der Landwirtschaft beschäftigt, und über 80 Prozent der Bevölkerung lebten auf dem Lande. Ein Anstoß für die „Marktreformen“ war, dass der landwirtschaftliche Ertrag nicht mit dem industriellen Wachstum Schritt hielt; tatsächlich war das niedrige landwirtschaftliche Produktivitätsniveau eine grundlegende

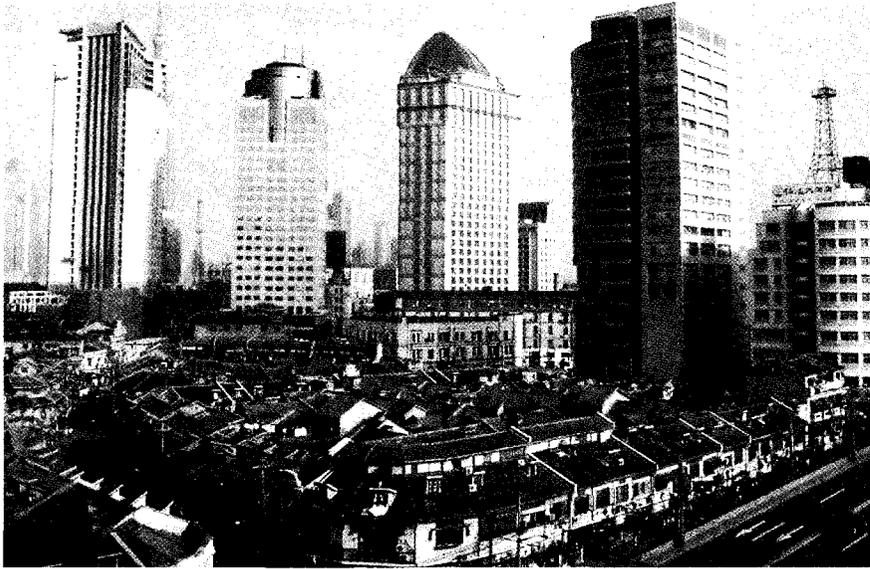
Barriere für eine rasche und extensive Industrialisierung. Heute arbeiten mehr als 50 Prozent der Arbeitskräfte in der Fertigung, auf dem Bau, im Transportwesen und im Dienstleistungssektor, und 40 Prozent der Bevölkerung leben in der Stadt. Von einem marxistischen Standpunkt aus betrachtet ist dies eine *fortschrittliche* Entwicklung von historischer Bedeutung. Das gilt ebenso für die damit einhergehende quantitative und qualitative Erweiterung von Chinas industrieller Leistungsfähigkeit.

Gleichzeitig ging die Politik der Beijinger Stalinisten auf Kosten bedeutender Teile der Arbeiterklasse und der Werktätigen auf dem Lande und stieß sie ins Elend, erweiterte die Kluft zwischen dem ländlichen und dem städtischen China, brachte eine Klasse kapitalistischer Unternehmer mit familiären und finanziellen Verbindungen zur KPCh-Bürokratie wie auch zu den chinesischen Offshore-Kapitalisten hervor und schuf eine Schicht von wohlhabenden Managern/Freiberuflern/Technokraten, die einen Lebensstil wie im Westen genießen.

Hart-Landsberg und Burkett einerseits und Lippit andererseits präsentierten die Gegenpole dieses Widerspruchs. Erstere suchten sich Beweismaterial dafür, dass sich für die Werktätigen Chinas alles verschlechtert hat. Sie verweisen auf die krasse und wachsende soziale Ungleichheit, die Zunahme der städtischen Arbeitslosigkeit, die Verschlechterung der öffentlichen Gesundheitsversorgung und der Grundschulausbildung. Lippit wählt Beweismaterial für das Gegenteil aus. Er betont, dass die große Mehrheit der Werktätigen – auf dem Lande wie in der Stadt – eine beträchtliche Verbesserung ihres Lebensstandards erfahren haben, wenn auch in sehr ungleichem Verhältnis. Er zitiert Untersuchungen, die zeigen, dass während der letzten Jahrzehnte Hunderte von Millionen Bauern der Armut entronnen sind.

Weder in *China and Socialism* noch in ihrer Erwiderung auf Lippit zitieren Hart-Landsberg und Burkett die leicht zugänglichen Statistiken, die einen grundlegenden Maßstab für die Veränderung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse erkennen lassen. Zwischen 1979 und 1998 gab es einen jährlichen Zuwachs von 4 Prozent beim preisbereinigten Einkommen für Arbeiter in der Fertigungsindustrie. Nur 1988 und 1989 gab es ein Absinken wegen der damals außerordentlich hohen Inflationsrate. Zwischen 1999 und 2002 stiegen (laut *China Labor Statistical Yearbook* von 2003) die Löhne jährlich im Durchschnitt um nahezu 12 Prozent. In den letzten Jahren kam es in größeren Industriezentren wie Shenzhen und Shanghai sogar zu einem Arbeitskräftemangel, insbesondere bei Facharbeitern. Infolgedessen bieten Arbeitgeber höhere Löhne und bessere Sozialleistungen an, um Arbeitskräfte anzulocken. Hong Liang, ein Ökonom bei der Wall-Street-Firma Goldman Sachs, bemerkte dazu: „Wir erleben ein Ende der goldenen Periode extrem niedriger Arbeitskosten in China“ (*New York Times*, 3. April).

Jedoch bedeutete Chinas wirtschaftliche Wachstumsrate von nahezu 10 Prozent über mehr als zwei Jahrzehnte nicht für alle Teile der chinesischen Arbeiterklasse eine Verbesserung ihres Lebensstandards. Ganz im Gegenteil. Seit Mitte der 90er-Jahre wurden kleine und mittlere staats-eigene Betriebe privatisiert, für gewöhnlich an ihre ehemaligen Betriebsleiter zu Schleuderpreisen verkauft. Infolge dieser Privatisierungen sowie von Fusionen und direkten Betriebsschließungen wurden etwa 20 bis 30 Millionen Arbeiter entlassen, darunter verhältnismäßig viele Frauen. Die glücklicheren unter ihnen fanden neue Jobs, hauptsächlich im privaten Sektor, mussten aber im Allgemeinen Lohninbußen hinnehmen und erhielten nur wenige oder gar keine der ausgiebigen Sozialleistungen, die die staats-eigenen Unternehmen geboten hatten.



Flickr.com

**Skyline von Shanghai, Reisanbau in der Provinz Sichuan. „Marktformen“ der chinesischen Stalinisten spornten Wirtschaftswachstum an, verstärkten dabei Ungleichheit zwischen städtischen Zentren und bäuerlichem Hinterland**

Peter Turnley



Eine große Region wurde ganz besonders durch die Schließungen wirtschaftlich verwüstet: der nordöstliche „Rostgürtel“, wo ein großer Teil der älteren Industrieanlagen konzentriert war. Hier sind ganze 40 Prozent der Arbeiterklasse arbeitslos. Die allgemeine Arbeitslosigkeit wird auf 6 bis 13 Prozent der wirtschaftlich aktiven städtischen Bevölkerung geschätzt. Die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission, eine Regierungsbehörde, die die Wirtschaftspolitik beaufsichtigt, rechnet damit, dass bei einem geplanten Wirtschaftswachstum von 8 Prozent in diesem Jahr elf Millionen zusätzliche Arbeitsplätze in China geschaffen werden. Das ist weniger als die Hälfte der offiziellen Zahl von 25 Millionen städtischer Arbeitsloser plus der neuen Berufsanfänger (*Economist* [London], 25. März).

Es ist allgemein anerkannt, dass die „Reform“-Ära eine Zunahme der Ungleichheiten mit sich brachte, sowohl innerhalb der Städte als auch zwischen städtischen und ländlichen Gebieten. Zusätzlich zu der neuen Klasse der reichen Kapitalisten existiert im städtischen China nun eine bedeutende Schicht kleinbürgerlicher Freiberufler, deren Lebensstandard im Großen und Ganzen dem ihrer Kollegen in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern ähnelt. Inzwischen hat laut dem *China Human Development Report 2005*, herausgegeben vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, die Kluft zwischen dem durchschnittlich verfügbaren Einkommen städtischer und ländlicher Chinesen das Verhältnis 3,2 zu 1 erreicht.

Solche Statistiken sollten nicht die Tatsache verschleiern, dass in bedeutender Hinsicht auch eine beträchtliche Verbesserung der Lebensbedingungen der Bauernschaft stattgefunden hat. Der Verbrauch an Elektrizität wuchs in den ländlichen Gebieten zwischen 1978 und 1997 fast um das Achtfache. Die meisten Bauernfamilien besitzen einige Haushaltsgeräte. Lippit weist darauf hin, dass 1997 zwei

Drittel der ländlichen Haushalte zumindest einen Schwarzweiß-Fernseher besaßen, ein grundlegendes Mittel für den Zugang zum modernen Kulturleben.

Jedoch haben sich in anderer bedeutender Hinsicht die Lebensbedingungen der Bauernschaft verschlechtert. Die Landkommunen der Mao-Ära sorgten für eine rudimentäre medizinische Versorgung, für Grund- und Hauptschulbildung, Altersrenten und andere Sozialleistungen. Zwischen 1980 und 1983 löste das Deng-Regime die Kommunen auf und ersetzte sie durch landwirtschaftliche Familienbetriebe mit langfristigen Pachtverträgen – das „System der Eigenverantwortlichkeit der Haushalte“. Die sozialen Programme, die ehemals von den Kommunen bereitgestellt worden waren, sollten von der lokalen Regierung übernommen werden. In Anbetracht der extremen Dezentralisierung von Chinas staatlichem Finanzwesen waren die dürftigen Einnahmen der ländlichen Städte und Dörfer dafür völlig unzureichend. Bauernfamilien mussten aus eigener Tasche für medizinische Versorgung und für die Ausbildung ihrer Kinder zahlen. Die sozialen Folgen waren absehbar:

„Trotz lobenswerten Fortschritts bei der Bereitstellung eines Zugangs zu Bildung bleiben ernsthafte Unausgewogenheiten bestehen. Ländliche Gebiete hinken weit hinter den Städten her, und Chinas analphabetische Bevölkerung ist in ländlichen Gebieten konzentriert. Große Unterschiede gibt es weiterhin in der

Qualität der Schulen, und die Kluft zwischen den Bildungsmöglichkeiten nimmt mit dem Alter der Schüler zu.

Ein bedeutsames Auseinanderklaffen gibt es auch weiterhin bei der Gesundheit der städtischen und der ländlichen Einwohner und unter Bewohnern unterschiedlicher Regionen. Die Kinder- und Müttersterblichkeit ist auf dem Lande doppelt so hoch wie in den Städten... Alle Indikatoren weisen auf ausgeprägte Defizite der Ernährung ländlicher Kinder gegenüber städtischen Kindern hin.“ (*China Human Development Report 2005*)

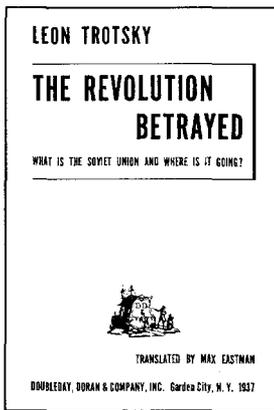
Es kam zu einem scharfen Anstieg der offiziell so genannten „Vorkommnisse von Massenunruhen“ auf dem Lande. Diese Bauernproteste und -aufstände richteten sich gegen die Beschlagnahme von Land durch lokale Funktionäre ohne angemessene Entschädigung und gegen willkürliche Besteuerung, Korruption und andere bürokratische Übergriffe. Daraufhin versprach das Hu-Jintao-Regime, unter der Losung eines „neuen Sozialismus auf dem Lande“, die Lebensbedingungen der Bauernschaft zu verbessern. Die Steuerbelastung wurde verringert, Unterrichtsgebühren an Grund- und Hauptschulen werden für viele Schüler auf dem Land abgeschafft und die Zentralregierung hat vor, mehr Geld für soziale Programme und Infrastrukturinvestitionen in ländlichen Gebieten auszugeben. Jedoch betonte der *Economist* (11. März):

„Diese Maßnahmen sind keine Verbote irgendeiner nennenswerten politischen Schwerpunktverschiebung. Die Ausgaben der Zentralregierung für den ländlichen Bereich belaufen sich immer noch auf nur 8,9 Prozent der gesamten Regierungsausgaben, ein Anstieg gegenüber den 8,8 Prozent des letzten Jahres, aber ein Rückgang im Vergleich zu den 9,2 Prozent im Jahr 2004.

Fortgesetzt auf Seite 22



VAAP



Jean Weinberg

Banner auf russischer Arbeiterdemonstration vom Dezember 1917 – eine der Losungen: „Lang lebe die Sowjetmacht, die den Weg zum Frieden zwischen den Nationen gebnet hat.“ Leo Trotzki's *Verratene Revolution* von 1936, marxistische Analyse der Degeneration der Oktoberrevolution unter stalinistischer Bürokratie

**China...**

Fortsetzung von Seite 21

Die Abschaffung der landwirtschaftlichen Steuer und anderer Gebühren, die den Bauern auferlegt waren, werden jedem Landbewohner durchschnittlich 156 Yuan (19 Dollar) im Jahr ersparen – rund 4,8 Prozent des Nettoeinkommens.“

Eine wirkliche Verringerung der Kluft zwischen dem ländlichen und dem städtischen China erfordert eine massive Umverteilung und Neuweisung wirtschaftlicher Ressourcen. Die Einführung moderner Technologie auf dem Lande – von Mähreschern über Kunstdünger bis zum gesamten Komplex einer auf wissenschaftlicher Basis betriebenen Landwirtschaft – erfordert eine qualitativ höhere industrielle Basis, als sie zur Zeit existiert. Im Gegenzug würde ein Anwachsen der landwirtschaftlichen Produktivität eine gewaltige Ausweitung der Industriearbeitsplätze in den städtischen Gebieten zunehmend notwendiger machen, um die enorme Menge an Arbeitskraft zu absorbieren, die auf dem Land nicht mehr benötigt wird. Dies wäre zweifellos ein langwieriger Prozess, vor allem angesichts der noch immer beschränkten Größe und der relativ niedrigen Produktivität von Chinas industrieller Basis. Sowohl das Tempo als auch letztendlich die Realisierbarkeit dieser Perspektive überhaupt hängen von der Hilfe ab, die China

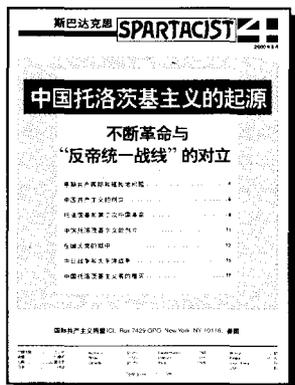
von einem sozialistischen Japan oder einem sozialistischen Amerika bekommen würde, was die Notwendigkeit einer internationalen proletarischen Revolution unterstreicht.

**Chinas Proletariat und die sozialistische Weltrevolution**

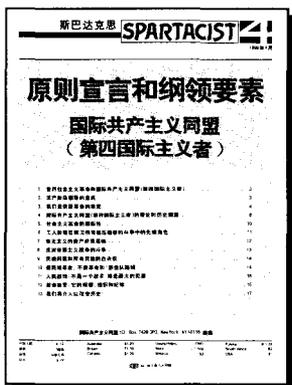
Während Hart-Landsberg und Burkett argumentieren, dass sich die Lebensbedingungen für die Bauernschaft und die Arbeiterklasse Chinas während der „Reform“-Ära verschlechtert haben, liegt der springende Punkt ihrer Position auf einer ganz anderen Ebene. Sie verdammen die Entwicklung der größten Industriearbeiterklasse der Welt und setzen dies mit der „Restauration“ des Kapitalismus gleich. Hier ist ihre anarcho-populistische Weltsicht einem marxistischen Verständnis des sozialen Fortschritts und des Klassenunterschieds zwischen Arbeitern und Bauern direkt entgegengesetzt. In ihrer Antwort auf Lippit zitieren sie zustimmend eine Erklärung von Tai-lok Lui, einem linken Akademiker, der sich an der Diskussion um *China and Socialism* in *Critical Asian Studies* beteiligt hatte: „Die Wirtschaftsreform nach 1978 brachte die wirkliche Proletarisierung von Chinas Arbeitern und Bauern mit sich. Sie wurden wirklich dem Markt unterworfen und vom Besitz der Produktionsmittel getrennt.“

Was meint Tai-lok, der „Marktreformen“ mit der Restau-

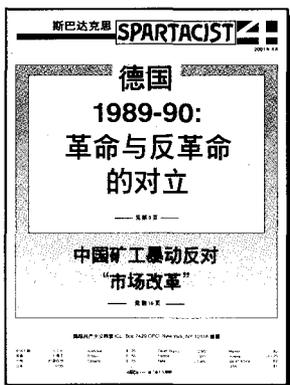
**In chinesischer Sprache erhältlich:**



Die Ursprünge des chinesischen Troztkismus



Grundsatzerklärung und einige Elemente des Programms Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)



1989/90: Revolution und Konterrevolution in Deutschland



Enthält: Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde

Zu beziehen über die Verlagsanschrift. Preis jeweils € 1,-

ration des Kapitalismus gleichsetzt, wenn er schreibt, dass das enorme Wachstum von Chinas Proletariat einherging mit dessen Trennung vom „Besitz der Produktionsmittel“? Worauf er sich vermutlich bezieht, außer auf Privatisierungen in der Industrie, ist die Liquidierung der Landkommunen der Mao-Ära, die die große Mehrheit der Bevölkerung umfassten. Diese Kommunen waren im Wesentlichen eine Ansammlung rückständiger Bauernhöfe, die arbeitsintensive Methoden und relativ primitive Technik benutzten. Insoweit China unter Mao relativ egalitärer war als unter Deng, war dies eine Gleichheit der Armut in einer überwiegend ländlichen Gesellschaft.

Um die historische Bedeutung der Umwandlung eines großen Teils von Chinas Bauernschaft in Proletariat zu verstehen, ist es nützlich, zurückzublicken auf Karl Kautskys Werk *Die Agrarfrage* (1899). Lenin betrachtete dies als einen sehr wichtigen Beitrag zum Verständnis der modernen Weltwirtschaft. (Kautskys späterer rechter Revisionismus und seine Feindschaft gegen die bolschewistische Revolution schmälern nicht den Wert seiner früheren Werke.) Es gibt natürlich einen grundlegenden Unterschied zwischen dem Klassencharakter des kaiserlichen Deutschlands im späten 19. Jahrhundert, das Kautsky beschrieb, und der Volksrepublik China. Dennoch kann man eine Parallele erkennen hinsichtlich der gesellschaftlichen Auswirkungen der Proletarisierung von Chinas Bauernschaft unter der „marktsozialistischen“ Wirtschaft. Kautsky schrieb:

„Und die Fabrik vereinigt die zerstreuten Arbeitskräfte, erleichtert ihre Verständigung untereinander; sie bringt das Fabrikdorf in engeren Verkehr mit der Außenwelt, denn sie entwickelt die Verkehrsmittel und bringt intelligente Arbeitskräfte aus der Stadt ins Dorf. So wird sie ein Mittel, einen Theil der ländlichen Bevölkerung dem städtischen Proletariat näher zu bringen, in ihr allmähig Interesse und Verständniß für seinen Emanzipationskampf zu erwecken und sie schließlich unter günstigen Umständen zu thätiger Theilnahme daran zu veranlassen.“

Tatsächlich standen Wanderarbeiter vom Lande an vorderster Front bei den jüngsten Arbeitskämpfen in China. Im Südosten traten viele junge Wanderarbeiterinnen in Streik oder weigerten sich anderweitig, unter entsetzlichen Arbeitsbedingungen ausgebeutet zu werden, und bewirkten damit seit dem Sommer 2004 eine ernsthafte Arbeitskräfteknappheit. In Shanghai und Beijing haben Wanderarbeiter, die bis zu 80 Prozent der Arbeitskräfte in der boomenden Bauindustrie ausmachen, für bessere Arbeitsbedingungen gekämpft und sie auch errungen.

Die Beschränkungen, sich frei vom ländlichen ins städtische China zu bewegen, wurden zwar in den letzten Jahrzehnten gelockert, doch nicht aufgehoben. Wanderarbeiter, die zu den gefährlichsten und niedrigsten Arbeiten gezwungen sind, haben nicht die gleichen Rechte wie legal in der Stadt lebende Menschen und sind gewöhnlich gezwungen, in abgesonderten Gegenden zu leben. Viele städtische Arbeiter sehen auf Wanderarbeiter herab, von denen man annimmt, dass sie Arbeitsplätze stehlen und Löhne drücken. Eine revolutionäre Avantgardepartei im heutigen China würde dafür kämpfen, alle Sektoren der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Landarbeitern und den städtischen Armen zu vereinigen. Untrennbar verbunden mit der Perspektive einer proletarisch-politischen Revolution ist der Kampf dafür, dass Wanderarbeiter alle Rechte erhalten, die den gesetzmäßigen Einwohnern zustehen, einschließlich des Zugangs zu Gesundheitsversorgung, Wohnungen und öffentlicher Bildung, und dass sie gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten.

Die Debatte über China und den Sozialismus zwischen dem liberalen Lippit und den selbst ernannten Marxisten

Hart-Landsberg und Burkett beschränkt sich auf einen von allen geteilten grundlegend falschen Rahmen. Auf wirtschaftlicher Ebene lehnen beide Seiten das marxistische Verständnis ab, dass der Kapitalismus ein Hemmnis für die globale Entwicklung der Produktivkräfte ist und dass sich letztere nur auf Grundlage einer geplanten internationalen sozialistischen Wirtschaft weiterentwickeln können. Auf politischer Ebene lehnen beide Seiten die Perspektive einer proletarischen Revolution ab, den einzigen Weg zur Erlangung einer solchen Gesellschaft, die das Problem des Mangels endgültig löst.

In seiner bahnbrechenden Untersuchung der stalinistischen Degeneration der UdSSR, *Verratene Revolution* (1936), zitierte Trotzki Marx' Kommentar aus *Die deutsche Ideologie* (1846): „Die ‚Entwicklung der Produktivkräfte ... [ist] auch deswegen eine absolut notwendige praktische Voraussetzung, weil ohne sie nur der *Mangel* verallgemeinert, also mit der *Notdurft* auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte...“ Mit der „ganzen alten Scheiße“ meint Marx Klassenunterdrückung, Ungleichheit und Ausbeutung. Die Stalinisten wiesen dieses materialistische Verständnis rundheraus zurück und predigten die Idiotie, der Sozialismus könne in einem einzigen Lande aufgebaut werden, wenn nur eine imperialistische Militärintervention verhindert werden könne. Mit dieser Perversion des Marxismus ging einher der Verrat der Stalinisten an proletarischen Revolutionen weltweit. In der Sowjetunion war das Endergebnis eine verheerende kapitalistische Konterrevolution. In China hat stalinistische Misswirtschaft eine Gesellschaft hervorgebracht, die von Widersprüchen und sozialer Unzufriedenheit strotzt.

In der Volksrepublik China kann man heute beides sehen: die gewaltigen Vorteile, die ein Sturz des kapitalistischen Systems mit sich bringt – vor allem eine wirtschaftliche Wachstumsrate, die die von kapitalistischen Neokolonien wie Indien bei weitem in den Schatten stellt – wie auch die zutiefst negativen Auswirkungen stalinistischer bürokratischer Herrschaft. Letztere beinhalten eine stark angestiegene Ungleichheit, das Wachstum neuer, mit der parasitären Bürokratie verflochtener bürgerlicher Kräfte und die drohende Gefahr einer kapitalistischen Konterrevolution, die die von Chinas Arbeiter- und Bauernmassen erkämpften Errungenschaften zerstören würde. Eine leninistisch-trozkistische Partei muss geschmiedet werden, um Chinas riesige und mächtige Arbeiterklasse, an der Spitze der Bauern und der städtischen Armen, in einer proletarisch-politischen Revolution zu führen. Wie Trotzki in *Verratene Revolution* schrieb:

„Es handelt sich nicht darum, eine herrschende Clique durch eine andere zu ersetzen, sondern darum, die Methoden selbst zu ändern, nach denen die Wirtschaft und die Kultur geleitet werden. Das bürokratische Selbstherrschertum muss der Sowjetdemokratie Platz machen. Die Wiederherstellung des Rechts auf Kritik und wirklich freie Wahlen ist die notwendige Vorbedingung für die weitere Entwicklung des Landes. Das setzt voraus, dass den Sowjetparteien, angefangen mit der Partei der Bolschewiki, die Freiheit wiedergegeben wird und dass die Gewerkschaften wiederaufstehen. Auf die Wirtschaft übertragen, bedeutet die Demokratie die radikale Revision der Pläne im Interesse der Werktätigen... Die ‚bürgerlichen Verteilungsnormen‘ werden auf das unbedingt Notwendige zurückgeführt werden, um in dem Maße, wie der gesellschaftliche Reichtum wächst, der sozialistischen Gleichheit Platz zu machen... Die Jugend wird frei atmen, kritisieren, sich irren und reifen können... Schließlich wird die Außenpolitik zu den Traditionen des revolutionären Internationalismus zurückkehren.“ ■

# SPARTAKIST

**Verteidigt den deformierten Arbeiterstaat China!  
Für proletarisch-politische Revolution!**

## Chinas „Marktreformen“ – eine trotzkistische Analyse



AP



China Labour Bulletin

**Links: Hu Jintao, jetzt Präsident Chinas, besucht Wall Street, April 2002. Rechts: Arbeiter des Tianwang-Textilwerks streikten 2004 fast sieben Wochen lang gegen Hongkonger Bosse nach Privatisierung der Fabrik**

*Wir drucken nachfolgend den zweiten und abschließenden Teil dieses Artikels ab, der aus Workers Vanguard Nr. 875, 1. September 2000, übersetzt ist. Eine Übersetzung des ersten Teils erschien in Spartakist Nr. 164, Herbst 2006.*

Martin Hart-Landsberg und Paul Burkett haben in *China and Socialism: Market Reforms and Class Struggle* [China und der Sozialismus: Marktreformen und Klassenkampf] (ursprünglich erschienen als ausführlicher Artikel in *Monthly Review*, Juli/August 2004) sehr wenig zu sagen über China in der Mao-Ära. Und dieses Wenige ist verworren

### Zweiter Teil

und widersprüchlich. Sie räumen ein: „Zur Zeit von Maos Tod 1976 war das chinesische Volk immer noch weit davon entfernt, die Verheißungen des Sozialismus zu erreichen.“ Doch da eines ihrer Leit motive ist, dass der Kapitalismus in China „restauriert“ worden sei, halten sie offensichtlich Maos China für in gewisser Hinsicht sozialistisch und sehen es als etwas qualitativ anderes und Besseres als das, was in China heute existiert. In ihrer Erwiderung auf Victor Lippit, die in *Critical Asian Studies* (37:4, 2005) erschien, gibt es die Formulierung „Chinas Entwicklung weg vom

Sozialismus“.

Lippit seinerseits argumentiert bei der Diskussionsrunde über *China and Socialism*, die in *Critical Asian Studies* veröffentlicht ist (37:3, 2005): „Man kann ein solches System nicht ‚Sozialismus‘ nennen; ich selbst würde vorzugsweise den Ausdruck ‚Staatismus‘ [statism] benutzen.“ Darüber hinaus behauptet er, dass Sozialismus in der gegenwärtigen geschichtlichen Epoche nicht möglich sei, insbesondere in wirtschaftlich rückständigen Ländern. Wie Hart-Landsberg und Burkett definiert er nicht, was er mit Sozialismus meint. Aus dem Kontext erschließt sich, dass er darunter offensichtlich etwas versteht, was dem voll entwickelten Kommunismus nahe kommt: eine Gesellschaft, in der die Arbeitsproduktivität ein Niveau erreicht hat, das ausreicht, wirtschaftlichen Mangel zu überwinden.

Trotz ihres Bekenntnisses zu einem marxistischen theoretischen Rahmen halten Hart-Landsberg und Burkett offenkundig das Konzept der Diktatur des Proletariats zum Verständnis Chinas nach 1949 für nicht relevant. Doch Karl Marx entwickelte dieses Konzept zur Erklärung einer nachrevolutionären Gesellschaft, die noch immer durch wirtschaftlichen Mangel und Ungleichheit, Unterschiede bei den Arbeitslöhnen und einen staatlichen Zwangsapparat

Fortgesetzt auf Seite 18